

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

BUND SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER, OPFER DES FASCHISMUS UND AKTIVER ANTIFASCHISTEN



Keine Rehabilitierung von Kurt Schuschnigg!

Der Bundesvorstand des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer befasste sich in seiner Tagung am 6. Juni 2001 unter anderem auch mit einem in der Tageszeitung „Der Standard“ erschienenen Beitrag über eine Erklärung des Sohnes des ehemaligen Bundeskanzlers Dr. Kurt Schuschnigg. Darüber wurde auch im Fernsehen berichtet.

In dem erwähnten Beitrag geht es um eine Klage gegen die Republik Österreich auf Wiedergutmachung einer Gruppe von Österreichern, deren Familien aus rassistischen oder politischen Gründen vom NS-Regime verfolgt wurden. Sprecher dieser Gruppe ist Kurt Schuschnigg jun., der Sohn des ehemaligen Bundeskanzlers, dessen Vater im März 1938 von der Gestapo verhaftet und erst nach Kriegsende, im Jahr 1945, von den Amerikanern aus einem Konzentrationslager befreit wurde.

Kurt Schuschnigg jun. verlangt unter anderem die Rückgabe des Vermögens seines Vaters, das von den Nationalsozialisten beschlagnahmt wurde. Unter anderem geht es um eine wertvolle Bibliothek samt kostbaren Handschriften, eine umfangreiche Briefmarkensammlung, teure Einrichtungsgegenstände und mehrere Gemälde.

Schuschnigg jun. schloss sich dieser Tage dieser Gruppe von Österreichern an. Gemeinsam wollen sie von New York aus eine Sammelklage gegen die Republik Österreich einbringen. Die Klageschrift ist bereits unterwegs.

Das Vorgehen des Herrn Schuschnigg jun. ist seine private Sache. Sein Verlangen auch nach politischer Rehabilitierung seines Vaters ist jedoch abzulehnen. Die Objektivität gebietet, nicht nur den Sohn, sondern auch die Öffentlichkeit daran zu erinnern, welche

fatale Rolle Dr. Kurt Schuschnigg als Justizminister und später als Bundeskanzler in den Jahren 1934 bis 1938 gespielt hat und wofür er die Verantwortung trägt.

Für einige große politische Fehler kann er nicht freigesprochen werden. Worum geht es? Unter anderem ist ihm vorzuwerfen, dass er als Justizminister im Februar 1934 die standrechtliche Ermordung der Mitglieder



Austro-Faschisten: Schuschnigg mit seinem Vizekanzler Starhemberg

des Republikanischen Schutzbundes gebilligt hat. Als die Todesurteile ausgesprochen wurden, hat er sich geweigert, dem damaligen Bundespräsidenten Miklas Gnadengesuche vorzulegen.

Seine Politik hat sicher den Weg zum „An-

schluss“ Österreichs an Nazi-Deutschland maßgeblich vorbereitet.

In diesem Zusammenhang ist Kurt Schuschnigg noch etwas vorzuwerfen:

Bis zuletzt weigerte er sich, obwohl seine Parteifreunde ihn dazu aufforderten, mit Vertretern der Sozialdemokratie Gespräche zu führen.

Erst am 3. März 1938 ließ er sich überreden, mit einer aus 14 Personen bestehenden Delegation von Vertrauensmännern aus Wiener Großbetrieben – unter der Führung von Friedrich Hillegeist – zusammenzutreffen. Die Aussprache dauerte vier Stunden.

Hillegeist sagte damals: „Herr Bundeskanzler! Uns trennen die offenen Gräber des Februar 1934, aber Sie und wir wohnen im gleichen Haus, und dieses Haus Österreich brennt. Wenn wir den Brand heute gemeinsam löschen, werden wir uns morgen darüber unterhalten, wie es eingerichtet werden soll. Vor uns liegt eine ungeheure Gefahr.“

Heute sind sich Zeitzeugen und Zeitgeschichtler einig, dass diese Gespräche viel zu spät geführt wurden. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten wären damals bereit gewesen, die Regierung gegen den drohenden Einmarsch zu unterstützen.

Der Standpunkt der Überlebenden und Zeitzeugen lautet daher: „Ohne Zweifel war Dr. Kurt Schuschnigg ein Opfer des Hitler-Faschismus. Er musste, wie tausende Österreicher, schwer leiden, obwohl er als Prominentenhäftling gewisse Privilegien hatte. Es ist legitim, dass sein Sohn das seinem Vater von den Nationalsozialisten geraubte Vermögen im Rahmen der Restitution einfordert. Dagegen ist nichts einzuwenden. Aber noch einmal: Das bedeutet aber, aus den angeführten Gründen, dass eine politische Rehabilitierung nicht in Frage kommen kann.“

Klestil warnt vor „Politjongleuren“



Bundespräsident Klestil: Gegen Verrohung der Sprache

„Wir müssen mit den Zeugen der damaligen Zeit sprechen, müssen uns von ihnen erzählen und bezeugen lassen – damit die Wachsamkeit zunimmt, damit der Ungeist des Nationalsozialismus keine Chance erhält, um sich zu greifen“, forderte Bundespräsident Thomas Klestil in seiner Rede bei der „Gedenkveranstaltung gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus“, die heuer, anders als in den vergangenen Jahren, nicht im Par-

lament, sondern im Redoutensaal der Wiener Hofburg stattfand. Die Vorgeschichte für diesen Ortswechsel war, dass eine Parlamentsfeier am Bestehen der FPÖ gescheitert war, ihren Bundesrat Gert Klamt, der zur Zeit den Vorsitz in der zweiten Kammer führt, als Redner neben Nationalratspräsidenten Heinz Fischer sprechen zu lassen. Die Opferverbände wollten für diesen Fall die Feier boykottieren. Daraufhin lud der Bundespräsident – nunmehr einziger Redner – in die Hofburg ein.

Kammerschauspieler Michael Heltau las aus den Aufzeichnungen Victor Klemperers, der 1935 wegen seiner jüdischen Abstammung seinen Lehrstuhl für Romanistik an der technischen Universität Dresden hatte aufgeben müssen. In seinem Tagebuch dokumentierte er den alltäglichen Terror der NS-Herrschaft. Von der „Sprache des Dritten Reiches“, die Klemperer archivierte, schlug Bundespräsident Klestil den Bogen zum Sprachgebrauch in der aktuellen politischen Debatte. Der Kampf gegen Rassismus, Totalitarismus und Antisemitismus beginne bei der Sprache, sagte er und forderte die in der Politik Wirkenden erneut auf, sich um eine versöhnliche Sprache zu bemühen. Es dürfe nicht geschehen, dass

die Demokratie über die Verrohung der Sprache und das Spiel mit Ressentiments zum „Spielball von Politjongleuren“ werde, sagte Klestil gezielt, ohne Namen zu nennen. Klestil erinnerte an die Zehntausenden Österreicherinnen und Österreicher, die dem Terror der Naziherrschaft zum Opfer fielen – ihrer Herkunft, ihrer politischen Überzeugung wegen oder einfach, weil sie anderen Verfolgten helfen wollten. „Persönliche Integrität, Sorge um den Nächsten und moralische Unbestechlichkeit konnten damals ein Todesurteil sein. Denn im totalitären Staat zählt das Individuum nicht. „Eigenverantwortlichkeit jedes Einzelnen hingegen sei die wirksamste Methode gegen Intoleranz und Rassismus. Und ebenso müsse man durch das Gedenken die Gefahren ausschalten, die dem kollektiven Gedächtnis durch ein allzu ruhiges Gewissen entstünden.

An der Veranstaltung nahmen mit Kanzler Schüssel nur sechs der 16 Regierungsglieder teil (davon nur zwei von der FPÖ), dafür waren 20 ehemalige Minister, Gewerkschafter sowie die Chefs der Oppositionsparteien, neben zahlreichen Abgeordneten, anwesend. Die Opferverbände waren stark vertreten. ■

Ehrung für einen Freund

Im Zusammenhang mit der Teilnahme einer Gruppe sozialdemokratischer Freunde aus Bayern an der Gedenkfeier in Mauthausen kam es anschließend zu einer Begegnung in Schwertberg. Bei dieser Gelegenheit wurde dem Genossen Albert Schwägerl aus Flossenbürg – als erstem Nichtösterreicher – in Anwesenheit der Wiener Mauthausenfahrt-Teilnehmer die „Otto-Bauer-Plakette“ überreicht. Dies für das jahrelange Engagement Albert Schwägerls für seine Arbeit an der Erhaltung und dem Ausbau der Gedenkstätte. So hatte er auch die Initiative für den so genannten „Stein des Anstoßes“, ein Ehrenmal für die NS-Opfer, ergriffen. Unser kürzlich verstorbener Freund Leo Mistingger verbrachte im KZ Flossenbürg eine sehr schwere Zeit.

Wann immer er oder andere Österreicher Flossenbürg besuchten, stand Genosse

Schwägerl als Helfer zur Verfügung – und so wird es auch weiter bleiben.

An der Überreichung der Plakette durch unseren Bundesvorsitzenden Alfred Ströer nahm auch der bayrische Landtagsabgeordnete Fritz Möstl teil. Ströer und Möstl unterstrichen in ihren Ansprachen die verdienstvolle Tätigkeit des Geehrten. Fritz Möstl berichtete, dass heuer erstmals Bundesmittel für den Ausbau der Flossenbürg Gedenkstätte zur Verfügung gestellt werden. Ströer erläuterte den deutschen Genossen, dass die Otto-Bauer-Plakette an den großen Führer der österreichischen Sozialdemokraten erinnert, der 1934 das Land verlassen musste und in Paris starb.

Schwägerl zeigte sich von dem Festakt tief beeindruckt und dank-

te für die Ehrung mit dem Versprechen, seine Tätigkeit weiter fortzusetzen, betrachte er es doch als Pflicht, gegen das Vergessen der Geschehnisse in der Nazizeit einzutreten. ■



Albert Schwägerl (2. von links) mit der Otto-Bauer-Plakette

Die Botschaft von Mauthausen

An die 8.000 Menschen, unter ihnen Delegationen ehemaliger Häftlinge aus 26 Ländern, Repräsentanten des in Wien akkreditierten Diplomatischen Corps sowie zahlreiche Mitglieder der Opferverbände waren am 6. Mai anlässlich des 56. Jahrestages der Befreiung in die Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Mauthausen gekommen. Nach Einmarsch der Delegationen übergab der Vorsitzende der Österreichischen Lagergemeinschaft Mauthausen, Hans Marsalek, dem Vorsitzenden von „Mauthausen aktiv in Österreich“, Willy Merny, das Erbe und damit die künftige Gestaltung der Befreiungskundgebungen, die nun in den Händen einer jüngeren Generation liegen – getreu dem Auftrag, den die Häftlinge bei ihrer Befreiung beschworen: „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“ Nach diesem feierlichen Akt sprach zunächst Innenminister Ernst Strasser. Er mahnte, dass die Aufgaben auch im demokratischen Europa – Jahrzehnte nach dem Nazi-Faschismus – noch im-

mer bestehen: gegen Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus einzutreten. Es gelte, den Ewig-Gestrigen zu widersprechen, die mit Angst vor Fremden punkten wollen oder Anspielungen auf „die von der Ostküste“ machen. Und weiter sagte Strasser: „Mauthausen und seine Nebenlager waren keine nahezu harmlosen ‚Straf- oder Arbeitslager‘, als die sie so manche gern zeichnen würden. Mauthausen war die entmenslichte Verwirklichung der nationalsozialistischen Todesmaschinerie.“

Dann ergriff Nationalratspräsident Heinz Fischer das Wort. Die Botschaft Mauthausens sei, sich stets der Gefahr bewusst zu sein, „dass uns gerade diejenigen in die Hölle schicken, die behaupten, das alleinige Rezept für die totale Beglückung zu haben“. Aus Nationalismus und Fanatismus, aus Angst und Aggression, aus Notlage und Intoleranz könne immer wieder unheilvoller Totalitarismus entstehen. Dagegen seien als unverbrüchliche Lehren zu beherzigen:

→ Die Menschenrechte sind un-

teilbar. Rassismus, Chauvinismus, Fremdenhass sind als Verstöße dagegen von Anfang an zu bekämpfen.

→ Die Demokratie muss Tag für Tag gelebt und verteidigt werden im Kampf gegen die Feinde der offenen Gesellschaft.

→ Der Grundsatz, wonach der Zweck die Mittel heilige, gehört zu den falschesten und gefährlichsten Thesen, die man in der Politik vertreten kann. Fischer erinnerte an die Einrichtung des Nationalfonds, an die in jüngster Zeit beschlossenen Schritte über die Entschädigungen für NS-Opfer und für Zwangsarbeiter.

Dies seien Signale, die den noch Überlebenden Zeichen des Trosts und der Hilfsbereitschaft geben. Und eine ganz große



Willy Merny (Mitte) mit Kohlbacher (r.) und Mansfeld

Hoffnung sei eine „europäische Gesinnung“, die Frieden und Demokratie garantiert.

Für eine gute Zukunft sei es aber auch notwendig, die Vergangenheit nie zu vergessen: Das ist die Botschaft von Mauthausen.

Bernaschek zum Gedenken

Die Delegation der Freiheitskämpfer, die an der diesjährigen Mauthausen-Kundgebung teilnahm, gedachte an der

von unserem Bund gewidmeten Gedenktafel auch der sozialdemokratischen Opfer, die im KZ Mauthausen ermordet wurden.



Unter diesen Opfern befand sich der oberösterreichische Sozialdemokrat Richard Bernaschek, der am 12. Februar 1934 als Landesleiter des Schutzbundes und Landespartei sekretär in Linz den bewaffneten Widerstand gegen die austrofa-

schistischen Polizeimaßnahmen auslöste.

Nach seiner Verhaftung konnte er sich im Gefängnis der bevorstehenden Aburteilung durch die Flucht nach Deutschland entziehen. Von der Dollfuß-Presse des Überlaufens zu den Nazi geziehen, blieb Bernaschek ganz im Gegenteil nur kurz in München und gelangte dann auf einer Irrfahrt über Zürich und Moskau nach Prag; als er sich im grenznahen Kaplitz niederlassen wollte, wiesen ihn die tschechischen Behörden aus. Noch einmal in Moskau und von den stalinistischen Säuberungen enttäuscht, kehrte er 1939 mit Erlaubnis der deutschen Behörden nach Linz zurück. Die Nazi versuchten ihn

zu vereinnahmen, doch Richard Bernaschek nahm, wie sein Bruder Ludwig (nach 1945 Landeshauptmannstellvertreter), bald den Kontakt mit den alten Genossen auf. Der Gestapo blieb das nicht verborgen, nach dem 20. Juli 1944 wurde er verhaftet und nach qualvollen Verhören ins KZ Mauthausen eingeliefert. Kurz vor der Befreiung des Lagers durch die Amerikaner wurde er auf Befehl des Gauleiters Eigruher am 18. April 1945 gemeinsam mit anderen politischen Häftlingen durch Genickschuss ermordet. Ernst Nedwed kündigte in einer kurzen Rede an, dass die Freiheitskämpfer in Hinkunft alljährlich bei dieser Gedenktafel eine Kundgebung abhalten werden.

Vor 60 Jahren: Überfall

Nach Ansicht Jörg Haiders hätten sich die Soldaten, die im Osten kämpften, für die Demokratie in Europa, wie wir sie heute vorfinden, eingesetzt. Diese Ansicht ist höchstens aufrecht zu erhalten, wenn man die These vertritt, das nationalsozialistische Deutschland sei 1941 einem Angriff der Sowjetunion zuvorgekommen (wobei aber zu fragen wäre, ob denn etwa ein Sieg Hitlers über England – bei Neutralität Stalins – etwas mit Rettung der Demokratie zu tun gehabt hätte!)

In der Zeitschrift „Profil“ vom 21. August 1995 meinte der damalige FPÖ-Chef:

„Ich habe gesagt, dass die Wehrmachtssoldaten die Demokratie in Europa, wie wir sie heute vorfinden, ermöglicht haben. Hätten sie nicht im Osten Widerstand geleistet, wären sie nicht im Osten gewesen, hätten sie nicht die Auseinandersetzung geführt, dann hätten wir...“

„Profil“: „Was heißt Widerstand geleistet? Das war ja ein Eroberungsfeldzug der deutschen Wehrmacht!“

Haider: „Dann müssen wir heute beginnen zu fragen, wie das wirklich war.“

Die Ereignisse vor nunmehr sechzig Jahren widerlegen eindeutig die These revisionistischer Historiker, Haiders und ihrer Nachbeter, die immer noch von einem Abwehrkampf reden und schreiben.

Wie etwa Hans Gamlich, der in Mölzers Wochenschrift „Zur Zeit“ den Überfall auf die Sowjetunion als notwehrhafte Präventivaktion zum Schutze Europas darstellt. (Weil Gamlich nationalsozialistische Verbrechen gelehrt oder verharmlost und Hitler als „großen Sozialrevolutionär“ bezeichnet hat, wurde er am 1. Februar 2001 nach dem Verbotsgesetz zu einer einjährigen bedingten Haftstrafe verurteilt).

Wir, die Überlebenden des Hitlerfaschismus und Zeugen der Ereignisse jener Zeit, dürfen zu solchen Aussagen nicht schweigen. Wir sind verpflichtet, zu sagen, wie es wirklich war.

Vor 60 Jahren, am 22. Juni 1941, überfiel die

Hitlerarmee die damalige Sowjetunion. Um 3.15 Uhr dieses Tages erfolgte ohne Kriegserklärung der Angriff. Die Wehrmacht setzte sich in breiter Front über die 1939 mit Moskau vereinbarte Grenze im ausgelöschten Polen in Bewegung. Noch am 15. Juni verwies Josef Stalin in einer Aussendung der Agentur Tass auf die Dauerhaftigkeit des sowjetisch-

maschinerie zu erwartenden gewaltigen Zugewinns an Bodenschätzen, vor allem Erdöl, und von Getreide von großer Bedeutung. Deshalb kam der Überfall auf die Sowjetunion nicht über Nacht, sondern war schon lange geplant.

Schon am 18. Dezember 1940 erließ Hitler die Weisung Nr. 21, deren Überschrift lautete:

„Fall Barbarossa“. Sie begann folgendermaßen: „Die deutsche Wehrmacht muss darauf vorbereitet sein, auch vor Beendigung des Krieges gegen England Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen. Das Heer wird hierzu alle verfügbaren Verbände einzusetzen haben, mit der Einschränkung, dass die besetzten Gebiete gegen Überraschungen gesichert sein müssen ... Vorbereitungen sind ... bis zum 15.5.41 abzuschließen.“ Damit ist eindeutig bewiesen, dass es sich um einen Angriffskrieg handelte. Allerdings verzögerte sich der Angriff um fünf Wochen, weil Hitler seinem Kumpanen Mussolini in Griechenland zu Hilfe kommen musste und weil Jugoslawien sich nicht in das deutsche Bündnissystem einbinden lassen wollte, so dass im April 1941 zunächst die Eroberung dieser Länder befohlen wurde.

Die Wehrmacht verfügte damals in ganz Europa über 250 Divisionen. 136 davon – 3,6 Millionen Soldaten – wurden für den Überfall auf die Sowjetunion eingesetzt. Mit dem offen erklärten Ziel, den Bolschewismus und das Judentum zu beseitigen, wurde von Anfang an ein Vernichtungskrieg

geführt. Nicht nur Millionen Soldaten, sondern auch Millionen Zivilisten mussten ihr Leben lassen. Die unmenschlichen Befehle, den Krieg jenseits aller kriegs- und völkerrechtlicher Normen zu führen, erzeugten bei der Wehrmachtsführung keinen Widerstand. So die Befehle zur Liquidierung der politischen Kommissare der Roten Armee, die Bestimmungen über die Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen und die Befehle, die zur Ermordung von über einer Million Juden – noch vor Auschwitz – führten.

Trotz der Anfangserfolge konnten die deutschen Truppen weder Leningrad noch Moskau erobern und wurden vom Wintereinbruch überrascht. Im weiteren Verlauf des



Der „Schicksalskampf im Osten“ (Nazipropaganda ...)

deutschen Nichtangriffspakts und die Freundschaft zwischen dem russischen und dem deutschen Volk, und noch am Tag des Angriffs rollten sowjetische Züge mit für Deutschland bestimmten Gütern Richtung Westen. Hitler hatte den Pakt gebrochen.

Hitler war vom Sieg über Frankreich, Belgien und die Niederlande berauscht, scheute aber eine Invasion der britischen Inseln. Er glaubte, auch die Sowjetunion in einem „Blitzkrieg“ niederwerfen zu können, und das war für ihn nicht nur aus Gründen der alten ideologischen Feindschaft, zur Gewinnung von „Lebensraum“ im Osten oder wegen der Befürchtung eines Zweifrontenkriegs, sondern vor allem wegen des für die deutsche Kriegs-

ll auf die Sowjetunion

Krieges stellte sich heraus, dass die Rote Armee und die Widerstandskraft der Sowjetbevölkerung von Hitler unterschätzt worden war. Die Behandlung der Bewohner der besetzten Gebiete als „Untermenschen“, ihre massenhafte Rekrutierung zur Zwangsarbeit trug zu einer um sich greifenden Partisanentätigkeit bei. Ein Vorstoß zur Wolga, die am 16. September 1942 bei Stalingrad erreicht war, endete nach monatelangen, opferreichen Kämpfen am 2. Februar 1943 mit der Kapitulation der Reste der 6. Armee. Von den

250.000 Soldaten auf deutscher Seite waren 150.000 gefallen, 91.000 gerieten in Gefangenschaft, die nur einige Tausend überlebten.

Das war die Wende des Krieges im Osten. Im Juni 1944 begann die große Gegenoffensive der Sowjetarmee. Sie war nicht mehr aufzuhalten, am 2. Mai 1945 war Berlin völlig in der Hand der Roten Armee; wenige Tage zuvor hatte sich Hitler der Verantwortung für seine Verbrechen durch Selbstmord entzogen.

Alfred Ströer



... endete im russischen Winter

Terror gegen die eigenen Soldaten

Im Zweiten Weltkrieg führte die NS-Militärjustiz schätzungsweise drei Millionen Strafverfahren gegen Soldaten der Wehrmacht durch.

Die Untersuchungen zweier Historiker haben ergeben, dass dabei rund 1,3 Millionen Verurteilungen gefällt wurden; 30.000 waren Todesurteile, davon wurden zwei Drittel vollstreckt (1.500 davon an Österreichern).

Das war ganz im Sinne Hitlers.

In seinem Buch „Mein Kampf“ hat er klar gemacht, was von einem Fahnenflüchtigen zu halten sei. Es heißt da: „Ein Soldat kann sterben. Ein Deserteur muss sterben.“

Als sich das Ende des Krieges abzeichnete, mehrte sich die Zahl der Fahnenflüchtigen.

Der SS- und Polizeichef Heinrich Himmler ließ daher am 10. September 1944 durch Anschlag verkünden: „Ehrvergessene Elemente scheinen zu glauben, dass der Krieg für sie vorbei ist, wenn sie sich dem Feind ergeben. Kein Deserteur wird der gerechten Strafe entgehen. Außerdem wird sein schmachliches Verhalten schwerste Folgen für seine Familie nach sich ziehen. Deserteure werden standrechtlich erschossen.“ Ein Schulkollege des Verfassers dieses Beitrags, Franz S., wollte nicht länger morden. Er verließ seine Truppe. Er wurde gefasst und vor ein Kriegsgericht gestellt.

Seine Eltern wurden über seine Hinrichtung wie folgt informiert:

Gericht der Dienststelle Im Felde,

den 11. Oktober 1943

*Feldpostnummer 08 728 St.L.IV, Nr. 743/45
Das gegen den Grenadier Franz S., geb. am 5.8.1921 in Wien, wegen der von ihm begangenen Straftat am 20.8.1943 vom Kriegsgericht auf Todesstrafe erkannte Urteil ist nach Bestätigung durch den zuständigen Gerichtsherr (!) am 21.9.1943 vollstreckt worden.*

Die Bestattung erfolgte auf dem Soldatenfriedhof in Allenstein/Ostpr.

Todesanzeigen oder Nachrufe in Zeitungen, Zeitschriften u. dgl. sind verboten.

(Unterschrift) Kriegsgerichtsrat

Besonders in den letzten Kriegstagen wüteten SS-Patrouillen, hohe Parteifunktionäre wie der dann hingerichtete Gauleiter von Oberdonau Eigruber und auch einzelne Offiziere in den noch nicht besetzten Gebieten Österreichs gegen Soldaten, die sich angesichts der Sinnlosigkeit weiteren Kämpfens von der Truppe entfernt hatten; auch ganz junge „Volkssturm“-Angehörige wurden zu Opfern der Standgerichte.

Bedauerlich ist, dass die durch die NS-Militärjustiz gefällten Urteile in Österreich bis heute nicht aufgehoben wurden.

In Deutschland geschah dies durch ein Gesetz, das „NS-Schlussgesetz“, im Jahre 1998.

In Österreich wartet man auf den Bericht einer Forschungsarbeit, die im Jahre 2002 abgeschlossen sein soll.

Alfred Ströer

Mahnmal der Jugend

„Nichts ist schwerer und nichts erfordert mehr Charakter, als sich in offenem Gegensatz zu seiner Zeit zu befinden und laut zu sagen: Nein!“ Diese Worte Kurt Tucholskys mahnen auf einer Tafel neben dem ersten europäischen Kinder- und Jugendmahnmal im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen. Im Mittelpunkt des Gedenkplatzes befindet sich eine stilisierte Mädchenfigur aus Akazienholz und Eisen, gestaltet von der Künstlerin Angelika Zwettler, die an die Kinder und Jugendlichen erinnern soll, die in Mauthausen und anderen Orten des Grauens litten und ihr Leben lassen mussten. „Verwundet sitzt sie da, aber ihre Wunde heilt ab, ist verkrustet“: Damit will die Künstlerin ein Zeichen des Erinnerns wie auch der Hoffnung geben. An der Aufstellung des Denkmals haben sich Kinder und Jugendliche aus ganz Europa beteiligt; sie verbrachten auf Einladung der Lagergemeinschaft und des Bundesjugendrings eine Woche in Mauthausen.

Die Jugendlichen aus Europa haben übrigens jede Menge von Büroklammern mitgebracht. Ein US-Jugendlicher aus Tennessee wird sie mit nach Hause nehmen. Während der deutschen Besetzung haben viele Norweger als Zeichen ihrer Solidarität mit den jüdischen Mitbürgern eine Büroklammer am Revers getragen. Junge Menschen in Tennessee haben sich zum Ziel gesetzt, sechs Millionen Büroklammern als Zeichen der Verbindung der Jugendlichen über alle Grenzen hinweg zu sammeln.

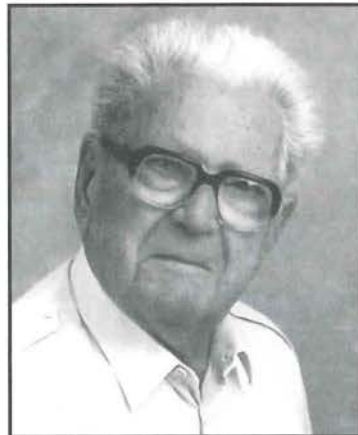
Leo Mistingner bleibt unvergessen

Am 19. April 2001 mussten wir unserem Ehrenvorsitzenden Leo Mistingner in der Feuerhalle Simmering das letzte Geleit geben. Er war, wie noch in der letzten Ausgabe des „Kämpfer“ kurz berichtet werden konnte, am 3. April, kurz nach seinem 97. Geburtstag, verstorben.

Leo Mistingner ist als Sohn einer kinderreichen Arbeiterfamilie auf engstem Wohnraum in Wien-Rudolfsheim aufgewachsen. Seine Eltern traten schon bald nach dem Einigungsparteitag von Hainfeld der Sozialdemokratischen Partei bei. Mit zehn Jahren trug er in seinem Wohnbereich die „Arbeiterzeitung“ aus. Von den Kinderfreunden kam er in die Sozialistische Arbeiterjugend, in der 1919 die Bezirksgruppe Fünfhaus gegründet wurde; Mistingner baute eine große Jugendorganisation mit mehreren Gruppen auf. Als Bezirksjugendobmann arbeitete er insbesondere mit dem populären Abgeordneten August Forstner eng zusammen. In jenen hoffnungsvollen Jahren der Ersten Republik lernte er in der SAJ unter anderen Bruno Kreisky, Alois Piberger und Karl Czernek, vor allem aber seine Frau Paula Mraz, die Sekretärin von Otto Kanitz war, kennen. In dieser großen Zeit des „Roten Wien“ waren Leo und Paula Mitorganisatoren des eindrucksvollen Internationalen Jugendtreffens von 1929, im erfolgreichen Wahlkampf im Herbst 1930 war Mistingner als Jugendredner aktiv.

In der Zeit der zunehmenden faschistischen Gefahr übten viele junge Sozialisten Kritik an der oft zurückweichenden Haltung der Parteiführung. Als die Kämpfe im Februar

1934 ausbrachen, war es auch für Leo Mistingner eine niederschmetternde Erfahrung, dass die Verteidigungspositionen des Kreises West an die Polizei verraten worden waren. Als Funktionär der illegalen Revolutionären Sozialisten wurde er am 31. Jänner



Leo Mistingner
16. März 1904–3. April 2001

1935 verhaftet und lernte erstmals das Gefängnis kennen. In diese Zeit fiel der tragische Verlust seiner Frau. Paula Mraz-Mistingner hatte in Brünn an der Reichskonferenz teilgenommen und im Auftrag Otto Bauers den Vertriebsapparat der aus der CSR geschmuggelten, illegalen AZ aufgebaut. Durch Verfolgung und Krankheit geschwächt, starb sie im Mai 1935.

Aus den Akten der austrofaschistischen Polizei wurde Mistingner 1938 auch Hitlers Gestapo bekannt. Lange konnte Mistingner seine geheimen Kontakte mit anderen Genos-

sen vor den Augen der Häscher verbergen. Als er Bekannten von früher, die mit dem Fallschirm über Polen abgesprungen waren und sich nach Wien durchschlagen konnten, Unterschlupf verschaffte, wurde er verhaftet und nach achtmonatiger Gestapohaft mit brutalen Verhören durch den gefürchteten Folterer Johann Sanitzer in das KZ Flossenbürg eingewiesen. Er war unter jenen, deren Rückkehr nach den Gestapo-Weisungen verhindert werden sollte, aber die Hilfsbereitschaft anderer Genossen im Lager verhinderte diesen tödlichen Ausgang.

Nach seiner Rückkehr aus dem KZ im Juni 1945 stellte sich Mistingner sofort wieder seiner Partei zur Verfügung.

Schon 1945 wurde er in den Gemeinderat gewählt, 1963 wurde er Bezirksvorsteher in Rudolfsheim-Fünfhaus, 1968 wurde er SPÖ-Bezirksvorsitzender (die Funktion gab er 1970 an Hans Mayr ab) und wechselte in den Nationalrat. 1989 wurde er „Bürger der Stadt Wien“ – eine Ehrung, womit sein Einsatz für die Wiener Kinder und Jugendlichen nach 1945, auch im Rahmen der Aktion „Jugend am Werk“ sowie sein antifaschistisches Engagement im Widerstand gewürdigt wurden. 1990, nach dem Ableben von Josef Hindels, stellte sich Mistingner den Freiheitskämpfern als geschäftsführender Vorsitzender zur Verfügung und setzte eine Reihe von Organisationsreformen durch.

Am 18. November 1990 zum Vorsitzenden der Freiheitskämpfer gewählt, übte er diese Funktion bis 1992 aus. 1996 wurde er, gemeinsam mit Erna Muzik, zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Bis in seine letzten Lebenstage nahm er aktiv an allen Aktivitäten des Bundes der Freiheitskämpfer teil.

Bei der Verabschiedung in der Feuerhalle wurde Leben und Wirken dieses aufrechten Sozialdemokraten, dessen politischer Einfluss durch seine Vorbildhaltung und durch seine Gabe, allfällige Konflikte immer zu einem versöhnlichen Schluss zu führen, weit über seine tatsächlichen Funktionen hinausging, von SPÖ-Vorsitzendem Alfred Gusenbauer, vom vormaligen Bezirksobmann Hans Mayr und vom Vorsitzenden der Freiheitskämpfer, Alfred Ströer, gewürdigt. Leo Mistingner, Sozialdemokrat, Antifaschist und Zeitzeuge eines Jahrhunderts bleibt unvergessen.

Ernst Nedwed

Internationales Beileid

Auch die bayrischen Genossen, denen Leo Mistingner durch seine Besuche im ehemaligen KZ Flossenbürg bekannt war, bekundeten „Trauer um einen guten Freund“, wie es in einem Nachruf des „Oberpfälzischen Kurier“ heißt.

Das beweisen nicht nur die Würdigungen des Österreichers in mehreren Lokalblättern, sondern auch die Kondolenzen, die bei den Freiheitskämpfern eintrafen, so von Bundestagsabgeordnetem Ludwig Stiegler, Landtagsabgeordnetem Fritz Möstl, Vorsitzendem der SPD-LV Bayern, Wolfgang Hoderlein, und von Albert Schwägerl namens der Flossenbürg SPD. Auch die tschechische Lagergemeinschaft CSBS-Táborové Srudzení Flossébürg kondolierte.

Unsere Rosa wäre 100!

Am 19. Juli wäre Rosa Jochmann 100 Jahre alt geworden. Das ist für den Bund der sozialdemokratischen Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten und darüber hinaus für die gesamte Sozialdemokratische Partei ein selbstverständlicher Anlass, des Wirkens und auch des Leidens der unvergessenen, unermüdlichen Kämpferin gegen jede Form des Faschismus und der Diktatur zu gedenken. Der 11. Bezirk machte damit den Anfang am 27. Juni mit der Ausstellung „Die Simmeringer Rosa“, am 31. Mai folgte eine Ausstellung im Parlament, und am 19. Juli um 10.30 Uhr wird Rosa Jochmanns am Ehrengrab mit einer Kranzniederlegung gedacht, weitere Veranstaltungen, z. B. ein Symposium des Renner-Institutes am 16. und 17. Oktober, folgen im Herbst.



Mit Bruno Kreisky in jahrzehntelanger Freundschaft verbunden

„Heute fehlen uns ihre Worte ...“



Foto: Simonis

Im überfüllten Festsaal der Bezirksvorstehung Wien-Simmering und in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste wurde am 31. Mai die Ausstellung „Die Simmeringer Rosa – ein Leben in Freiheit und Menschenwürde“ eröffnet.

Anlass für diese Ausstellung ist der 100. Geburtstag von Rosa Jochmann. Die Ausstellung war

zunächst bis 24. Juni geöffnet und kann wieder vom 16. September bis 14. Oktober 2001 (freitags 10–12 und 15–18 Uhr, sonntags 10–12 Uhr) besichtigt werden.

„Rosa Jochmann, die am 19. Juli 100 Jahre alt geworden wäre, war nicht nur eine grosartige Frau, Ehrenbürgerin der Stadt Wien und große Bürgerin unseres Bezirks“, sagte Bezirksvorsteher Otmar Brix in seiner Eröffnungsansprache.

„Sie war eine Frau, für die die Worte Ferdinand Lassalles Gültigkeit haben: Politik ist, was man ausspricht. Und Rosa Jochmann hat immer ausgesprochen, was auszusprechen war. Rosa Jochmann ist für Freiheit, Menschenwürde und Demokratie eingetreten und hat dafür schwer büßen müssen. Heute fehlen ihre Worte, ihre mahnende Stimme und auch ihre positive Einstellung.“ Brix erinnerte daran, dass alles ein-

mal mit Worten angefangen habe, nicht mit KZ und Mord, sondern mit Gehässigkeiten und Vernadelungen.

„Heute gibt es wieder diese Worte, diese Wortspielerei und Verharmlosungen, aber vom Gedenken keine Spur – auch nicht bei uns in Simmering, wo es nicht möglich ist, an einem Haus, das an jener Stelle steht, wo die Synagoge stand, die in der Reichskristallnacht vernichtet wurde, eine Gedenktafel anzubringen, weil es der Hausbesitzer verbietet.“

„Rosa Jochmann war nicht nur eine Mahnerin, sondern auch eine Kämpferin gegen alles, was Unrecht bedeutet und die Menschenwürde verletzt.

In ihrem Sinne sollten wir auch heute dafür eintreten, denn es hat sich schneller etwas zum Schlechteren verändert, als wir es wahrhaben wollen“, sagte Brix. ■

Rosa Jochmanns Weg

19. Juli 1901 als viertes von 6 Kindern des Ehepaars Jochmann in Wien geboren

1915 Arbeiterin in der Schokoladenfabrik Victor Schmidt & Söhne, Mutter Josefine Jochmann, 41, stirbt

1916 Simmeringer Draht- und Kabelwerke

1917–1919 1. Österr. Seifensiede-Ges.m.b.H. „Apollo“, Eintritt in die Freie Gewerkschaft

1919–1925 Betriebsratsobfrau bei der Firma Auer

1920 Vater Karl Jochmann, 45, von Beruf Eisengießer, stirbt

1925–1931 Sekretärin des Verbandes der chemischen Arbeiter

1926 Arbeiterhochschule

1932 Reichssekretärin des Frauenzentalkomitees der SDAP

1933 Mitglied des Parteivorstandes der SDAP

1934 Gründungsmitglied der Revolutionären Sozialisten

1934–1938 Mehrmalige Polizeistrafen, 1 Jahr Kerker

1939–1940 Polizeihaft in Wien

1940–1945 Konzentrationslager Ravensbrück

1945–1959 SP-Frauensekretärin

1945–1967 Abgeordnete zum Nationalrat

1947 Gründungsmitglied des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer

1949 Erste Vorsitzende der Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus

1951–1966 Zweite Bezirksobfrau der SPÖ Simmering

1959–1967 Vorsitzende des Frauenzentalkomitees, Stellvertretende Parteivorsitzende

1963 Vizepräsidentin des DÖW seit dessen Gründung

1967–1994 Vorsitzende der Lagergemeinschaft Ravensbrück

1992 Ehrenvorsitzende der Freiheitskämpfer

18. Jänner 1994 in Wien gestorben



Der 1. Mai war ihr schönster Festtag

Konzept und Gestaltung der Ausstellung „Die Simmeringer Rosa“ stammen von Professor Herbert Exenberger, Mitarbeiter des DÖW. Er sagte bei der Eröffnung der Ausstellung einleitend unter anderem: Aufgewachsen in einem Zinshaus in der Lorystraße 76, dem Blizenec-Haus, sah man aus den beiden Fenstern unserer Zimmerküche-Wohnung genau zum Eingang des Hauses Römersthalgasse 1. Wir erlebten dort unsere Jugend und wir konnten dort etwa aus dem 1. Stock die feierliche Gedenktafelenthüllung für den Simmeringer Heimatforscher Leopold Swatosch verfolgen, der in diesem Hause lebte. Damals wusste ich noch nicht, dass bis zum Jahre 1915 in diesem Zinshaus Rosa Jochmann mit ihren Eltern und ihren drei Geschwistern gelebt hat. Mit ihr verband mich, angefangen von meinen ersten zag-

Die Simmeringer Rosa

haften Erkundigungen über ihre Widerstandstätigkeit gegen den Faschismus, bis zu ihrem Tode am 19. Jänner 1994 eine wahre Freundschaft.

Ausdruck dieser Freundschaft ist für mich ein Ring, den sie mir schon zu Lebzeiten versprochen hat und den ich auf ihren ausdrücklichen Wunsch nach ihrem Tode erhalten habe. Er ist in dieser Sonderausstellung zu

sehen. Dieser Ring hat eine eigene Geschichte. Eine polnische Leidensgefährtin im KZ Ravensbrück schnitzte aus einem Zahnbürstelgriff einen kleinen weißen Elefanten. Nach ihrer Befreiung im Jahr 1945 fertigte ein Goldschmied nach Rosas Impressionen eine Art Siegelring an, in dessen Mittelpunkt sich die Schnitzarbeit der Polin befindet.

„Und dann und wann ein weißer Elefant“, heißt es mehrmals im Gedicht „Das Karussell“ von Rainer Maria Rilke, über dessen Stellenwert Ulrich Weinzierl schrieb: „Im Reigen der fünffüßigen Jamben drehen wir uns gleichsam mit dem Beschriebenen im Kreis ... Niemand vermag sich der Bewegung zu entziehen.“ Im Konzentrationslager Ravensbrück wurde „der kleine weiße Elefant“ hin und wieder bei illegalen Erbauungsstunden von Mary Schwarz vorgetragen, von Rosa Jochmann

als Blockälteste des politischen Blocks für ihre Mitgefangenen organisiert „zum Lichtblick in unserem düsteren Leben, zur Hoffnung auf eine bessere Zukunft.“, wie es treffend bereits im Dezember 1945 die Wiener Leidensgefährtin und Revolutionäre Sozialistin Helene Potetz formulierte.

Es ist nicht verwunderlich, dass gerade in unserem Bezirk der erste Akt der Erinnerung zum 100. Geburtstag dieser bedeutenden Frau gesetzt wird. Denn Rosa Jochmann war vollintegriert in das gesellschaftliche Leben Simmerings, Freud und Leid, Hoffnung und Verzweiflung teilte sie mit vielen Bewohnerinnen und Bewohnern des Bezirks. So berichtete sie am 29. November 1935 nach der Entlassung aus der Haft, wo sie wegen Betätigung für die Revolutionären Sozialisten zu einem Jahr schweren Kerker verurteilt worden war, Franz Rauscher unter anderem: „Mit dem 6er-Wagen fuhr ich mit Peperle (ihrer Schwester) nach Hause. Beim Markt stiegen wir aus, und als die Straßenbahn wegfuhr, war ich umringt von Freunden, von vielen, vielen.

Ich konnte alle Blumen nicht tragen, die ich bekommen habe. Verschämt kamen sie am selben Tage und auch am nächsten und noch immer kommen sie und bringen mir Äpfel, eine Dose Sar-

dinen, eine Rippe Schokolade, eine kleine, ganz kleine Torte ...“ Es waren bewegende Zeichen der Solidarität in den Zeiten der fürchterlichen Arbeitslosigkeit. Rosa wurde stürmisch von ihren Freunden begrüßt und übernahm zunächst die Fürsorge für die politischen Häftlinge.

Ihre Anteilnahme für bedrängte oder in Not geratene Menschen zieht sich wie ein roter Faden durch ihr ganzes Leben. Die Sonderausstellung „Die Simmeringer Rosa“ ist chronologisch in vier Abschnitte – 1901–1934, 1934–1938, 1938–1945 und 1945–1994 gegliedert. Sie dokumentiert mit Fotos, Dokumenten, Plakaten und anderen Ausstellungsobjekten das bewegte Leben und gesellschaftliche Engagement Rosa Jochmanns. Ergänzt wird das durch ihre persönlichen Aussagen. Weitere Abschnitte der Ausstellung zeigen ihre Verbundenheit mit Simmering sowie das Gedenken an diese große Sozialdemokratin.

Den Schluss der Ausstellung bildet ein Plakat mit Rosas Vermächtnis an die Jugend: „Es ist eure Welt, die ihr baut – soll sie eine friedliche, eine gerechte sein, dann müsst ihr dafür etwas tun. Vergesst nicht, was aus einer Welt wird, wenn man die Demokratie durch eine Diktatur ersetzt.“

Herbert Exenberger

Reiter, Franz Richard (Hg.): Wer war Rosa Jochmann?

Die erste, authentische Antwort gibt Rosa Jochmann mit einer Rede und in einem Interview, das Franz Richard Reiter mit ihr geführt hat.

Rund vierzig Autoren legen Zeugnis ab, berichten und analysieren, u. a.: Antonia Bruha, Herbert Exenberger, Walter Göhring, Erwin Lanc, Henry O. Leichter, Irmgard Schmidleithner und Franz Vranitzky. ca. 250 Seiten, broschiert ATS 298,-

Steffek, Andrea: Rosa Jochmann – „Nie zu sehen, wenn Unrecht geschieht.“

Ihr Leben und Wirken von 1901–1945 als Grundlage für ihre stetige Mahnung gegen Faschismus, Nationalsozialismus und das Vergessen.

Wien 1999. 166 Seiten, broschiert ATS 127,-
Rosa Jochmann 1901–1994. Demokratin, Sozialistin, Antifaschistin.

Dokumentation des VGA mit Erstveröffentlichung von Briefen und Fotos aus ihrem Nachlass. Wien 2001 ATS 50,-

Waschek, Hans (Hg.): Rosa Jochmann. Ein Kampf, der nie zu Ende geht. Reden und Aufsätze.

Es sind Rosa Jochmanns eigene Worte, die diesem Buch seinen Titel gegeben haben. Der Kampf gegen Faschismus, Antisemitismus und Ausländerhass ist ein Kampf, der nie zu Ende geht.

Wien 1994. 304 Seiten, broschiert ATS 298,-

Alle Bücher beziehbar bei
<http://www.freiheitskaempfer.at>

Aus Widerstand und Verfolgung

Am 28. August 1934 wurde Rosa Jochmann zusammen mit Johann Czidik, der einen Zeitungskiosk am Bahnhofsplatz in Wiener Neustadt betrieb, verhaftet. Sie hatte ihm zwei Taschen mit illegalen hektographierten Flugschriften gebracht. In der Verhandlung vor dem Wiener Landesgericht gab sie zu, dass sie gewusst habe, es handle sich bei dem ihr in einem Park übergebenen Material um Propagandaschriften für ihre Partei und dass dies verboten sei; über die Überbringer gab sie keine Auskunft. Besonders erschwerend wertete der Gerichtsvorsitzende Osio die Antwort Rosa Jochmanns auf die Frage, warum sie dies tue:

„Mich persönlich hat das Verbot der Partei schwer getroffen, doch hat es an meiner Gesinnung nichts zu ändern vermocht. Ich bleibe Sozialistin. Wenn jeder in seinem Leben einmal eine solche Not mitgemacht hätte wie ich, wäre jedermann Sozialist. Ich sah, dass meine Handlung strafbar ist, konnte sie aber nicht ablehnen.“

Der Gerichtshof verurteilte Rosa Jochmann zu einem Jahr schweren Kerker.

*

Am 22. August 1939 wurde Rosa Jochmann von der Gestapo verhaftet. An diesem Tag kam es zu einer größeren Verhaftungsaktion gegen bekannte ehemalige Sozialdemokraten. Ihr Schutzhaftbefehl wurde allerdings erst am 14. Dezember 1939 ausgestellt. Darin hieß es als Haftgrund:

„Sie gefährdet nach dem Ergebnis der staatspolizeilichen Feststellungen durch ihr Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und Staates, indem sie dringend verdächtig ist, sich auch heute noch im marxistischen Sinne zu betätigen und bei Freilassung zu der Befürchtung Anlass gibt, ihr staatsfeindliches Treiben fortzusetzen.“

„Das Erschießen war ja im Lager nichts Besonderes. Und dieses Erschießen hat vor allem die polnischen Frauen, die polnische Intelligenz, die jungen Mädchen betroffen. Da bekam man auf dem Block einen Zettel, die Nummer soundso geht morgen nicht arbeiten. Und dann wussten alle, dass die am nächsten Tag erschossen wurde ... Die sind Hand in Hand gegangen, mit strahlenden Gesichtern. Die haben uns noch lächelnd in

die Augen gegrüßt. Hinter ihnen die Särge. Jede wusste, dass einer von diesen Särgen für sie bestimmt ist ... Dann hörten wir nach zehn Minuten eine Salve, dann die Gnadenschüsse und dann wussten wir, dass diese Menschen, mit denen wir – zwei Jahre, oder ich weiß nicht wie lange – zusammen gewesen sind, dass man sie jetzt umgebracht hat...“

*

Im Herbst 1941 begann die Aussortierung der Jüdinnen im KZ Ravensbrück. Anfang 1942 traf auch die Sozialdemokratin Käthe Leichter dieses Los.

„Dann kam der Morgen, und da ich Blockälteste war, durfte ich auf die Lagerstraße. Helene Potetz ging auch mit. Wir gingen Hand in Hand, eine stumme Masse, so wie wir schon zweimal vorher gegangen waren. Niemals werde ich erfahren, ob sie (Käthe Leichter, Red.) wusste, dass es dem Ende zuging, sie war so gescheit, dass ich eber glaubte, dass sie zu uns barmherzig war und uns Mut zusprach, und dass ihr klar gewesen sein musste, dass sie nicht heimkommen sollte ... Vierzehn Tage danach kamen alle Häftlingskleider zurück, alles was wir Kätbe und den anderen mitgegeben hatten, warme Socken, ein warmer Schal, Stöcke, Brillen, Gebisse, eben alles. Und unter der Nummer der Österreicherin Buckowitz fanden wir einen Zettel: ‚Alles gut bisher, überall gut behandelt, fahren durch Dessau...‘ Dann brach der Text ab. Und schreckensbleich kamen die Häftlinge aus der ‚Fürsorgeabteilung‘, denn sie hatten 1.500 Briefe an die Angehörigen abschicken müssen. Der ganze Transport war an ‚Kreislaufschwäche‘ und dergleichen gestorben...“

*

Rosa Jochmann war bei ihrer Einlieferung zur „Blockältesten“ des politischen Blocks bestimmt worden:

„Eine Meldung, sodass jemand bestraft wird, hab ich Gott sei Dank nie machen müssen. Ich hab immer nur geschimpft vor der Aufseherin ... Und die haben alle gewusst, dass ich ein Theater spiel.“

Scharf hab ich das gesagt. Und die Oberaufseherin war begeistert von mir. Die Frauen auf unserem Block haben genau gewusst, was sie tun dürfen und was nicht.“



Rosa Jochmann 1945 nach der Rückkehr aus Ravensbrück

Im Jahr 1941 wurde der Besuch von „Reichsführer-SS“ Heinrich Himmler im KZ Ravensbrück angekündigt. Als Blockälteste sollte Rosa Jochmann auf Anordnung der SS-Oberaufseherin Langefeld vor der Baracke Himmler Meldung erstatten. Langefeld erklärte weiters, dass Himmler sie danach ansprechen würde, und sie sollte um ihre Entlassung bitten. Eines Tages war es so weit. Nach dem Rapport wandte sich der Reichsführer-SS an Rosa Jochmann und befragte sie, wie lange sie schon im Lager sei, aus welchen Gründen und was ihre Aufgaben im Lager seien. Sie antwortete kurz und bündig, dann entstand eine lange Pause. Die SS-Oberaufseherin sah Rosa Jochmann beschwörend an, diese schwieg jedoch. Himmler salutierte und ging in die Baracke, wo ihm sechs Häftlinge vorgestellt wurden, die entlassen werden sollten. Als Himmler herauskam, zögerte er einen Moment, dann trat er nochmals an Rosa Jochmann heran und sprach sie erneut an:

„Sind Sie verheiratet? – Nein. – Haben sie Kinder? – Nein, keine Kinder. – Alles mögliche hat er gefragt und sich umgedreht zur Langefeld, wann ich endlich um meine Entlassung bitt. Aber ich hab nichts gesagt. ...Ich hätte ihn nicht gebeten, ich hätt mich – ehrlich gestanden – lieber erschießen lassen.“

(Aus Andrea Steffek: Rosa Jochmann – „Nie zusehen, wenn Unrecht geschieht.“) ■

Rosas Abrechnung mit dem VdU-Stüber

Im Jahr 1949 durften die „minderbelasteten“ ehemaligen Nationalsozialisten, rund 482.000 Personen, an der Parlamentswahl – der zweiten in der wiedererstandenen Republik – wieder teilnehmen. Zugleich trat als vierte Partei der VdU (Verband der Unabhängigen) zur Wahl an und gewann auf Kosten der beiden großen Parteien 16 Mandate. Seine Gründer und Mandatäre bestanden teils aus echten Liberalen, teils aber auch aus „Ewig-Gestrigen“. Einer von letzteren war der Wiener Abgeordnete Dr. Fritz Stüber. Als er sich in einem Zwischenruf darüber beklagte, dass ja auch er drei Monate im Polizeiarrest gesessen war, meldete sich Rosa Jochmann zu Wort:

„... Ich möchte mich hier dazu bekennen, dass ich mich der Meinung jener angeschlossen habe, die besagt, dass man ein Land nicht demokratisch verwalten kann, wenn man einen Teil dieses Volkes aus der Demokratie ausschließt. Ich bekenne mich zu diesem Grundsatz und ich bekenne weiter, dass wir gerade in den Jahren der Unterdrückung von 1934 bis 1945 gelernt haben, die Demokratie zu achten und zu schätzen. Aber gestatten Sie mir nun, wenn einer der Herren der Unabhängigen hier erklärt hat, dass er sich nur mit Erschütterung an die drei Monate, die er in der Herrengasse verbringen musste, erinnere, dass ich Ihnen jetzt sage, was ein Konzentrationslager bedeutet hat. ... Ich müsste Stunde um Stunde reden, wollte ich nur einen kleinen Aus-



Gemeinsames Ziel: Rosa Jochmann, Josef Hindels

schnitt von dem Fürchterlichen darstellen, das wir dort erlebt haben und das niemals aus unseren Erinnerungen schwinden kann <...

Ich müsste sprechen von jenen jüdischen Müttern, die einen „Rapportzettel“ an den Lagerkommandanten geschrieben haben – für jeden, der die Dinge nicht kennt, hat dies keine große Bedeutung, für uns KZler aber war dies ein furchtbares Dokument – und in diesem stand: 'Ich bitte Sie, Herr Kommandant, lassen Sie mich schon nächste Woche mit dem Transport mitgehen, denn bei diesem Transport geht meine Tochter mit.' Wenn hier von einem Transport gesprochen worden ist, dann hieß es, dass sich die Tochter in der nächsten Woche bei der Gaskammer anstellen musste, so wie sich die Leute heute um

Semmeln, Milch und andere Dinge anstellen, und dass die Mutter als letzte Gnade der Menschlichkeit erbat, mit ihrer Tochter in der Gaskammer sterben zu dürfen.

Oder soll ich Ihnen die Prügel-szenen in den Lagern vor Augen führen? Ich befehle mich, sie zu vergessen, ebenso wie ehemalige Kameraden, die ja gleich mir die Prügel-szenen mitgemacht haben, wo man die Menschen auf einen Bock gespannt hat und ihnen auf den bloßen Körper 25 Stockhiebe gab.

Oder soll ich die Klosterschwester vor Ihnen wieder erstehen lassen, Frauen, die jahrzehntelang im Kloster gelebt hatten und von Hitler und einer politischen Partei gar nichts wussten? Sie hatten sich ausschließlich der Aufgabe gewidmet, Kindern, Kranken und anderen Menschen

zu helfen ... Sie alle gingen in dem furchtbaren Chaos oder Konzentrationslager zugrunde ... Wir sind monatelang in den Bunkern gesessen, in tiefster Dunkelheit, und haben nur das Spärlichste zu essen und trinken bekommen, während sich die SS daran geweidet hat, durch die Gucklöcher zu schauen und zu sehen, wie einer nach dem anderen gestorben ist ...

Wir waren verfolgt wegen unserer politischen Gesinnung, ein großer Teil von uns hatte gar nichts getan – und ich gehöre zu ihnen – gar nichts, als dass sie vorher Sozialisten gewesen waren. Das hat genügt, als Hitler einmarschierte, dass wir alle zusammen in die Konzentrationslager gewandert sind. Vergessen Sie nicht, dass, zum Mindesten ein großer Teil von Ihnen, die im Jahre 1945 eingesperrt wurden, keine Unschuldigen waren! ...

Herr Abgeordneter Stüber, wenn Sie glaubten, hier einen Zwischenruf machen zu müssen, dass wir nach dieser Richtung hin eine gewisse Kameradschaft hier haben: Nein! Ich bekenne mich zur Kameradschaft der Verfolgten ohne Ansehung der politischen Gesinnung, auch mit jenen aus den Reihen der Österreichischen Volkspartei und aus den Reihen der Kommunistischen Partei, die ja mit uns zusammen in den Lagern, in den Kerkern, in den Gefängnissen gesessen sind, aber keine Kameradschaft mit Ihnen! Da ist ein himmelhoher Unterschied, und es ist unmöglich, hier überhaupt eine Parallele ziehen zu können ...“

Foto: Frahm/Kampfer

Gedenkaktion in Floridsdorf Am Spitz

Am 6. April 1945 wurden Major Karl Biedermann, Oberleutnant Alfred Huth und Leutnant Rudolf Raschke in Floridsdorf am Spitz vor dem Bezirksamt öffentlich gehängt. Sie hatten sich der militärischen Widerstandsgruppe um Carl Szokoll angeschlossen, die den Kampf um Wien verkürzen wollte. Biedermann war aufgrund eines Telefongesprächs, das von einem jungen Offizier mitgehört worden war, verraten worden. Ein Militärgericht verurteilte die drei Offiziere zum Tode; als es zögerte, das Urteil sofort vollstrecken zu lassen, übernahm dies ein SS-Kommando. Einer aus 15- und 16-jährigen zusammengestellten Volkssturmeinheit wurde befohlen, der Hinrichtung beizuwohnen. Mit der Aufschrift „Ich habe mit den Bolschewiken paktiert“ versehen, hingen die drei Ermordeten stundenlang an den Straßenmasten.

Es war dies eine der letzten Untaten des im Rückzug befindlichen NS-Regimes in Wien, knapp



Zeitzeuge Carl Szokoll

bevor die Sowjettruppen die ganze Stadt eingenommen hatten. Heute ist der Platz Am Spitz ein verkehrsreicher Knotenpunkt mit zahlreichen Geschäften, und kaum einer der Passanten ahnt, dass er über geschichtsträchtiges Pflaster eilt. Dies ins Bewusstsein zu rufen, entschloss sich der „Kulturclub Floridsdorf“ heuer zur Gedenkaktion „Urteil Nr. 4623“ am Ort des tragischen Geschehens. Inmitten des samstäglichem Einkaufstrubels wurde am 21. April ein mobiler Ort des Gedenkens

eingerrichtet. Die genaue Stelle der Hinrichtung wurde markiert, in einer Eröffnungsrede von LAbg. Dr. Michael Ludwig und dann wurde von einem Wehrmachtlastwagen aus mittels Videoinstallationen über den Sinn der Aktion informiert, Zeitzeugen berichteten mehrere Stunden hindurch von ihren Erlebnissen und diskutierten mit den vielen, zunächst von Bezirksvorsteher Ing. Heinz Lehner begrüßten, interessierten Passanten.

Als unmittelbarst mit den Vorgängen 1945 verbundener Zeitzeuge sprach der greise, damalige Major Carl Szokoll, der zusammen mit Feldwebel Ferdinand Käs versucht hatte, Wien die Zerstörungen eines völlig sinnlos gewordenen Kampfes durch Aufnahme von Gesprächen mit dem Sowjetkommando zu ersparen. Szokoll, der schon am 20. Juli 1944 – nach dem Attentat auf Hitler – militärisches Eingreifen in Wien vorbereitet hatte, war der Kopf der „Aktion Radetzky“, unter welchem Decknamen der Plan durchgeführt werden sollte. Sobald die Rote Armee die Stadtgrenze erreicht hatte, sollten Kampfgruppen des militärischen Widerstandes die öffentlichen Ge-

bäude, Brücken sowie den Radiosender Bisamberg besetzen und den Wiener Festungskommandanten verhaften und zur Übergabe der Stadt zwingen. Durch den Verrat scheiterte der Plan, und Szokoll selbst konnte sich durch Untertauchen in letzter Minute der Verhaftung entziehen. Seinen Darstellungen, die er mit einer Planskizze unterstützte, wurde bei der Gedenkaktion größte Aufmerksamkeit geschenkt. Neben Szokoll berichteten unter anderem auch der Vorsitzende der Freiheitskämpfer, Alfred Ströer, und Stadtrat a. D. Fritz Hofmann über ihre Erlebnisse in der Nazizeit. Am Abend des 21. April fand im Bezirksmuseum eine den Österreichern im Widerstand gewidmete Veranstaltung mit multimedialen Reflexionen statt – Lesungen und Musik verfolgter und emigrierter Künstler und ein Video „Floridsdorf 1945/2001“. Dabei wurde vom Initiator der Aktion, Michael Ludwig, auch auf den gerade im Arbeiterbezirk Floridsdorf besonders massiven Widerstand der Männer und Frauen in verschiedenen Großbetrieben des 21. Bezirks verwiesen. Die Zahl der Opfer der NS-Justiz war sehr groß.

KZ-Außenlager Floridsdorf: Hinweise gesucht



Die Initiatoren am Gedenkstein

Ab Juni 1944 wurden in verschiedenen Betrieben des 21. Bezirks ungarische Juden zur Sklavenarbeit gezwungen, in einigen Bauunternehmungen, in einer Kofferschloss- und Metallwarenfabrik, einer Farbfabrik und einer Ölraffinerie. Mitte Juli erfolgte die Gründung des Außenlagers Wien-Jedlesee und des Außenlagers Floridsdorf auf dem Gelände der Firma Hofherr und Schrantz.

Die Initiatoren des Projekts „Gedenkstein“, der in der Nähe des Außenlagers aufgestellt worden ist, haben sich nun, nach der Fertigstellung und der Enthüllung ei-

ner Gedenktafel am 30. Mai, eine neue Aufgabe gesetzt. Der Verein „Niemals vergessen“ will Informationen, Fotos, Erinnerungen die KZ-Außenlager in Floridsdorf betreffen sammeln. Daher die Frage: Wer erinnert sich an eines der KZ-Außenlager im 21. Bezirk?

Wer weiß etwas über die Arbeits- und Lebensbedingungen der Häftlinge, über den Aufbau und die Funktionsweise der Lager, das Verhalten der Bevölkerung und der Arbeitskollegen in den Betrieben bis hin zu allfälligen Widerstandshandlungen und Unterstützungsversuchen?

Wer ist im Besitz eines – wenn auch zufällig gemachten – Fotos von einem der Lager, der Häftlinge, der übrigen Belegschaft?

Einschlägige Informationen oder Hinweise schicken Sie bitte an „Niemals vergessen“, Verein für Förderung von Holocaust-Gedenkstätten.

Anerkannter Trägerverein für Auslandszivildienst. 1010 Wien, Hohenstaufgasse 10.

Tel.: (01) 534 44/504, Fax: (01) 534 44/505, <http://www.gedenkdienst.com>, E-Mail: info@gedenkdienst.com

Gedenken an die Massaker des 6. und 7. April 1945

Der Landesverband Niederösterreich veranstaltete gemeinsam mit dem KZ-Verband NÖ, zur Erinnerung an die Massaker von Stein und Hadersdorf am Kamp, am Friedhof von Stein eine Gedenkfeier und Kranzniederlegung.

Wie kam es zu diesen Massakern? In den ersten Apriltagen des Jahres 1945 wurde Wiener Neustadt von der Roten Armee erobert. Die Wehrmachtsoffiziere Alfred Huth, Karl Biedermann und Rudolf Raschke versuchten, die Zerstörung Wiens abzuwenden, indem sie mit der Roten Armee Kontakt aufnahmen. Ihr Plan wurde aufgedeckt, und die Gestapo verhinderte die kampfbereite Übergabe Wiens. Huth, Biedermann und Raschke wurden am 8. April 1945 auf dem Floridsdorfer-Spitz öffentlich gehängt. Die Schlacht um Wien dauerte bis 14. April. Beim Vormarsch der Roten Armee stellte sich die Frage, was mit Häftlingen bei einer Okkupation durch die Rote Armee geschehen solle. Auch der Leiter der Haftanstalt Stein, Franz Kodré, stand vor diesem Problem, als Krems in den ersten Apriltagen bombardiert wurde. In der Strafanstalt waren die Lebensmittel knapp. Kodré bemühte sich, die Freilassung von Häftlingen zu erwirken.

Am 5. und 6. April trafen aus Wien vage formulierte Entlassungsrichtlinien sowie die Nachricht, dass im Landesgericht Wien Häftlinge freigelassen wurden, ein. In großzügi-

ger Auslegung dieser Richtlinien verfügte Kodré am 6. April die sofortige Entlassung der Gefangenen. Der nazistisch eingestellte Aufseher Anton Pomassl alarmierte daraufhin die NS-Kreisleitung mit der Falschmeldung, dass in der Strafanstalt „eine Revolte“ ausgebrochen sei. Obwohl Kodré den herbeieilenden SS-Offizieren beteuerte, dass die Entlassung ordnungsgemäß erfolge, bemühten sich diese, die Freilassung der politischen Häftlinge zu vereiteln.

Die herbeigerufene SA, die Pioniere, die Volksturmabteilung und die Waffen-SS wurden vom stellvertretenden Leiter der Haftanstalt, Alois Baumgartner, mit den Worten: „Hier im Haus ist eine Revolte“ empfangen. Sofort drangen die Trupps in die Haftanstalt ein und eröffneten wahllos das Feuer. Dem darauffolgenden Massaker fielen in Stein und in den Straßen rund um Krems an die 386 Menschen zum Opfer. Regierungsrat Franz Kodré und die antifaschistisch gesinnten Aufseher Johann Lang, Heinrich Lasky und Johann Bözl wurden in einem Willkürakt erschossen. Unmittelbar nach ihrer Erschießung wurde Baumgartner von NS-Kreisleiter Wilthum zum neuen Leiter der Strafanstalt bestellt.

Auf Befehl Wilthums wurden jene Männer, welche die Strafanstalt mit Beginn der Entlassungsaktion verlassen hatten, verfolgt. Der Befehl lautete, Häftlinge, die in der Nähe von

Krems aufgegriffen würden, nach Stein zurückzubringen, alle anderen sollten in Hadersdorf am Kamp festgehalten werden.

Die NSDAP-Führer von Hadersdorf, Richard Kuen und Josef Sumetzberger, setzten diesen Befehl noch gegen Mittag des 6. April in die Tat um. Als die ersten Häftlinge in Hadersdorf die Kampbrücke erreichten, wurden

sie von einer SS-Einheit festgenommen. Letztendlich wurden etwa 60 Männer in den Gemeindegottesacker gepfercht. Auf Befehl der NSDAP-Kreisleitung waren alle in Hadersdorf gefangen gehaltenen Männer zu exekutieren. Am 7. April wurden sie der SS-Einheit zur Erschießung überantwortet. Sie erhielten Spaten und Schaufel zum Ausheben ihrer Gräber. Ein einziger Häftling konnte die SS-Mannschaft durch eine Notlüge dazu bewegen, ihn in die Strafanstalt Stein zu überstellen.

Als am Nachmittag des 6. April auf dem Hadersdorfer Friedhof Maschinengewehrsalven gegen die Gefangenen abgefeuert wurden, waren viele ihrer Leidensgenossen bereits durch Übergriffe der SS zu Tode gekommen. Bei der 1946 erfolgten Exhumierung der Leichen und der Untersuchung durch das Gerichtsmedizinische Institut wurde festgestellt, dass Häftlinge, welche bei der Exekution nicht sofort den Tod fanden, gemeinsam mit ihren toten Kameraden auf dem Friedhof von Hadersdorf verscharrt worden waren. 1946 wurden die Ermordeten in einem gemeinsamen Grab in der Gruppe 40 auf dem Wiener Zentralfriedhof beigesetzt.

Die Hauptverantwortlichen für die Massaker, Eduard Ambrosch, Franz Heinisch, Anton Pomassl, Alois Baumgartner und Leo Pilz, wurden am 30. August 1946 vom LG Wien als Volksgericht für diese Untaten zum Tode verurteilt und 1947 gehängt. Über weitere Mittäter wurden mehrjährige Kerkerstrafen verhängt; diese Männer gingen 1955 frei.

Edith Krisch

Zusätzliche Ansprechadresse für NS-Entschädigung

Da nunmehr auch Anträge auf Ausgleich von Vermögensschäden an die Internationale Organisation für Migration gerichtet werden können und Ansprüche auf Entschädigung für unbezahlte, eingezogene oder nicht auf andere Art ausgeglichene Versicherungspolizen gegenüber deutschen Versicherungen an die International Commission on Holocaust Era Insurance Claims gestellt werden können,

empfehlen wir allen Personen, die glauben, anspruchsberechtigt zu sein, sich um Auskunft an folgende Adresse zu wenden:

Internationale Organisation für Migration (IOM)
Nibelungengasse 13/4
1010 Wien

Telefon 585 33 22-11 oder 0664 383 56 63

Antragsfrist ist der 11. August 2001 (Datum des Poststempels).

Publikationen:

Gerhard Jagschitz/Wolfgang Neugebauer (Hg.): Stein 6. April 1945. 162 Seiten, ATS 160,-
DÖW (Hg.): Gedenken und Mahnen in Wien 1934-1945, 488 Seiten, ATS 210,-
Gerald Buchas/Robert Streibel (Hg.): 386. Dokumentation der Gedenkveranstaltung von B-project anlässlich des Massakers an Häftlingen des Zuchthauses Stein am 6. April 1945. Wien: Frames Verlag 1997, 78 Seiten, ATS 117,-



Die Autoren bei der Buchpräsentation

„Rote Rebellen“ der SJ-NÖ

Rote Rebellen: Unter diesem Titel haben Karl Gruber und Matthias Stadler den Werdegang der Sozialistischen Jugend Niederösterreich in den Nachkriegsjahren 1945 bis 1960 in einer großformatigen, reich illustrierten Broschüre aufgezeichnet. Darin berichten die früheren SJler – etliche von ihnen bewährten sich viele Jahre als Funktionäre und Mandatäre der SPÖ – über die Hoffnungen, mit denen sie in der neugewonnenen Demokratie an die Arbeit gingen, aber auch über die schwierigen Zeiten, denen sich die jungen Sozialisten speziell im sowjetisch besetzten Niederösterreich gegenüberstehen.

Willi Gruber, langjähriger Bürgermeister von Sankt Pölten, berichtet über seinen Eintritt als 15-jähriger in die SJ sehr bald nach Kriegsende. Prägend für sein politisches Engagement waren für den Sohn einer sozialdemokratischen Arbeiterfamilie die NS-Diktatur mit ihren Propagandalügen und Repressionen, der Krieg mit den Fliegerangriffen, die näherrückende Front, die Flüchtlingsströme, die standrechtlichen Erschießungen von jungen Soldaten und die Befreiung durch die Rote Armee mit ihren oft wenig erfreulichen Be-

gleiterscheinungen. Sein Bruder Karl Gruber, ebenfalls in der SJ, erinnert sich an den von der Arbeiterschaft geleisteten Wiederaufbau, der zunächst schwer beeinträchtigt war durch die Demontagen der Besatzungsmacht. Als Bezirksobmann der SJ wurde er nach Plakataktionen, die sich gegen die KP richteten, auf die Kommandatur zitiert und stand sozusagen „auf der Liste“ jener Jugendfunktionäre, denen ihr aufrechtes Eintreten für die Demokratie oft schwere persönliche Nachteile einbrachte. So erhielt der von der KP bestgehasste „Gruber-Bua“ auch bald vom USIA-Betrieb Voith den blauen Brief, eine Maßregelung, die die jungen Sankt Pöltner erst recht zu entschlossenem Widerstand animierte, auch in der Zeit des Oktoberstreiks 1950.

Die Dokumentation enthält zahlreiche Beiträge über die einzelnen lokalen niederösterreichischen SJ-Gruppen sowie über die SJ-Landesorganisation, persönliche Berichte von Georg Kriz, Erhard Habel, Hans Kaiser und erinnert an den späteren Innenminister und Vorsitzenden der SPÖ-NÖ Hans Czettel in seiner Funktion als SJ-Obmann.

Karl Gruber

Ministerium spart: Keine Blumen für NS-Opfergräber

Das Büro des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer erreichte Ende Mai die Mitteilung, dass die Gräber der am Zentralfriedhof bestatteten, von den Nationalsozialisten ermordeten Frauen und Männer wegen Sparmaßnahmen des Innenministeriums ab sofort keinen Blumenschmuck erhalten sollen.

„Diese Nachricht hat uns veranlasst, den Bezirksvorsteher des 11. Bezirks Othmar Brix zu ersuchen, dieser Angelegenheit nachzugehen. Nunmehr wurde uns von ihm mitgeteilt, dass das Büro des Finanzstadtrats prüft, ob aus den Mitteln dieses Ressorts für den Blumenschmuck gesorgt werden kann“, so Bundesvorsitzender Alfred Ströer. „Wie wir von der MA 43 erfahren konnten, wurden die Einsparungsmaßnahmen deshalb vorgesehen, weil die für diese Gräber zuständige Abt. IV/4 des Innenministeriums Sparmaßnahmen anordnete.“

Ströer kommentierte dieses Vorhaben des Ministeriums so: „Es ist bedauerlich, dass man bei feierlichen Anlässen schöne Worte für jene Frauen und Männer findet, die für Österreich ihr Leben ließen, bei der Ausschmückung ihrer Gräber jedoch den Sparstift ansetzt.“

Die in der Zeit von 1939 bis 1945 wegen „Hochverrats“ hingerich-

teten Männer und Frauen des Widerstands wurden in der Regel in Schachtgräbern der Gruppe 40 des Zentralfriedhofs beerdigt. Diese Personen durften nicht privat bestattet werden. Laut Zeitzeugenberichten sollen in der Gruppe 40 an die 2.000 Opfer der NS-Justiz begraben sein, unter anderem:

Brunner Samuel, Rauchfangkehrer; Dirmhirn Hermine, Hausfrau; Dirmhirn Lothar, Stadtinspektor; Dragosits Johann, Eisenbahner; Fass Friedrich, Straßenbahner; Fischer Marie und Ehemann; Gräfin Anna, Schneiderin; Dr. Haas Otto, Revolutionärer Sozialist; Hartmann Friedl, Studentin; Hudec Alois; Jost Margarete; Kafka Helene, als Nonne Sr. Restituta (fraglich, ob hier bestattet); Kestenbauer Regine, Studentin; Klostermann Therese; Kovarik Leopoldine, Tochter eines Schutzbündlers; Moravitz Bruno, Maschinenarbeiter; Morth Andreas; Mraz Karl, Schmied; Mück Antonia, Sortiererin; Muzik Anna, beschäftigt bei Brown-Boveri; Odwody Katharina, Betriebsrätin der Ankerbrotfabrik; Remes Familie, Tschechischer Widerstand; Max Schrems, Straßenbahner; 7 weitere Straßenbahner; Sebek Franz, Gewerkschafter; Sicka Leopoldine; Sruch Gustav, Dreher; Stockinger Antonia, Hausfrau. ■



Postume Ehrung für Kreisky

Bruno Kreisky wurde von der Tschechischen Republik postum mit deren höchstem Orden, Weißer Löwe I. Klasse, für sein Eintreten für die Menschenrechte und die Versöhnung geehrt. Peter Kreisky übernahm den Orden im Andenken an seinen Vater aus den Händen des Außenministers Jan Kavan.

Wir gratulieren:

Zum 100. Geburtstag: Wilhelm Schwarz, Graz. **99. Geburtstag:** Julie Prachner, St. Pölten. **98. Geburtstag:** Wilhelm Drechsler, Maria Zimmerl, Wien. **97. Geburtstag:** Anna Mannsberger, Judenburg; Fritz Bittner, Maria Bübl, Christine Rois, Wien. **96. Geburtstag:** Karoline Schmied, Bruck/Mur. **95. Geburtstag:** Franziska Music, Linz; Alois Prinz, Wien. **94. Geburtstag:** Ludwig Krainz, Bruck/Mur. **93. Geburtstag:** Heinrich Helml, Attnang-Puchheim; Rupert Bock, Golling a. d. Erlauf; Rosa Pongratz, Franz Prasser, Anton Rostocil, Franz Schüller, Franz Wrba, Wien. **92. Geburtstag:** August Jaritz, Kapfenberg; Alois Aichberger, Neunkirchen; Margarethe Edletzberger, Völkermarkt; Maria Grasgruber, Herta Panesch, Christine Sachs, Wien. **91. Geburtstag:** Dir. Franz Kramer, Graz; Margarete Reithofer, Leoben; Stefanie Doleyschi, Johanna Stein, Salzburg; Jakob Pulverer, Steindorf; Leopold Hirschmann, Käthe Langer, Leopoldine Schwam, Wien. **90. Geburtstag:** Johann Postl, Graz; Hedwig Rohata, Mödling; Maria Barock, Rudolf Gregor, Irma Mraz, Therese Pollak, Rudolf Rauscher, Anna Sagmeister, Rosa Scholz, Wien. **85. Geburtstag:** Franz Hellwagner, Braunau/Inn; Anton Sauerzapf, Forchtenstein; Maria Kaiser, Innsbruck; Roman Strassmair, Linz; Reg. R. Stephan Bohr, Wilhelm Dorotic, Franz Korzinek, Valerie Langer, NR. a. D. Maria Metzker, BR. a. D. Anny Müllner, Ernst Pölzl, Valerie Schussel, Johann Sosik, Leopoldine Strob, Wien. **80. Geburtstag:** Franz Frieht, Feldkirchen; Elsa Zillinger, Linz; Helene Heiland, Hermine Regal, Mödling; Franz Glatzl, Wiener Neustadt; Walter Baschant, Anton Forster, Grete Haberl, Adelheid Holzinger, Dvw. Horst Klammerth, Ida Prasch, Leopold Rudolf, Hildegard Schmidt, Michael Topeiner, Steffi Vater, Hilde Wondratsch, Wien. **75. Geburtstag:** Erna Glatz, Deutsch-Feistritz; Reinhold Huber, Feldkirchen; Dr. Raimund Maier, Graz; Charlotte Dieter, Kapfenberg; Karl Schmölz, St. Georgen; Hildegard Cseh, Jakob Foidl, Johann Guth, Helene Holubarz, Walter Karpeles, Eugenie Nentwich, Walter Packert, Hilda Rechnitzer, Ludwig Sailer, Josef Vlna, Wien.

Leserbrief

Am 21. Mai 2001 führte uns die TV-Sendung „Report“ (ARD) vor Augen, dass in einem Drittel der türkisch-moslemischen Bevölkerung in Deutschland der islamische Fundamentalismus und Rechtsextremismus verankert ist. Seine Anhänger sind gut organisiert, übergeordnete Gruppe ist die „Islamische Europäische Union“. Sie betreibt aggressive antisemitische und antiwestliche Propaganda und gibt entsprechende Publikationen heraus, in denen auch der Holocaust der Nazis gelehrt wird.

Das Netzwerk der Organisation

reicht über etliche Länder Asiens und Europas. Die Journalistin Trautl Brandstaller brachte übrigens schon vor Jahren im ORF einen ähnlichen Bericht zur österreichischen Situation dieser Gruppen. Unsere Aufklärungsarbeit müsste über den europäischen Rechtsextremismus weit hinausreichen. Bei den Bemühungen unserer Partei, die türkischen Familien zu integrieren und womöglich zu gewinnen, käme dieser Aufklärung besonderes Gewicht zu.

Bruno Ernst Liszka

Ehrung in Favoriten

Bei der Jahresversammlung der Bezirksgruppe Favoriten der Freiheitskämpfer am 15. Mai 2001 wurden folgende Mitglieder mit dem Goldenen Ehrenzeichen ausgezeichnet: Rudolf Bauer, 70, Stadtrat a.D. Helmut Braun, 65, Bez.R.a.D. Elfriede Frank, 61,

BR a.D. Brunhilde Fuchs, 54, Richard Fuchs, 56, NR u. Vorsitzender der SPÖ X Anton Gáal, 61, Bez.R. u. Bezirksamtssekretär Walter Hloch, 57, Bez.R.a.D. Franz Leopold, 66, Landesvorsitzender Ernst Nedwed und Bezirksvorsitzende Herta Slabina hoben

das unentwegte Eintreten der Geehrten für die Ziele des Bundes der sozialdemokratischen Freiheitskämpfer und deren langjährige aktive Mitarbeit hervor.



Geehrt: NR Anton Gaal

Foto: Freiheitskämpfer

Anträge an Schweizer Banken

Der Plan zur Verteilung von 1,25 Milliarden US-Dollar aus dem vereinbarten Fonds Schweizer Banken wurde angenommen. Das Gericht in den Vereinigten Staaten, das die vorgeschlagene Vereinbarung zwischen Überlebenden des Holocaust und Schweizer Banken gebilligt hatte, hat nunmehr auch den Zuteilungsplan für die Auszahlung der Geldmittel genehmigt. Wer bereits einen Eingangsfragebogen eingereicht hat, erhält automatisch per Post einen Antrag bzw. Informationen zur Abwicklung von Ansprüchen.

Für die Vorlage eines Antrags werden keine Gebühren erhoben. Wer durch das NS-Regime als Jüdin oder Jude, Roma, Sinti oder Jenische(r), Zeugin oder Zeuge Jehovas, Homosexuelle(r) oder körperlich oder geistig Behinderte(r) verfolgt wurde, gehört möglicherweise einer der folgenden

Anspruchsgruppen an: **1.** Ansprüche aufgrund hinterlegter Vermögenswerte, **2.** Ansprüche ehemaliger Zwangsarbeiter in Betrieben, **3.** Geplünderte Vermögenswerte, **4.** Ansprüche ehemaliger Flüchtlinge, **5.** Ansprüche an Schweizer Versicherungen. Ausserdem werden **6.** auch Ansprüche ehemaliger Zwangsarbeiter II – gleichgültig, welcher Herkunft – für Schweizer Firmen, deren Namen auf einer Liste des Gerichts aufgeführt sind, berücksichtigt.

Formulare für Geltendmachung von Forderungen sind bis 5. August 2001 unter www.swissbankclaims.com abzurufen oder telefonisch anzufordern (Information unter 0-800-291-235).

Detaillierte Auskünfte auch im Sekretariat der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer, (01) 534 27- 277 DW.

Schwarz-Blau-Diskussion an Uni in Aix-en-Provence

Von der französischen Studentengewerkschaft

„Union Nationale des Etudiants de France – Indépendante et Démocratique“ war Jürgen Hirsch, Mitglied der Freiheitskämpfer Meidling und Vertreter der „Initiative für eine sozialistische Politik der SPÖ – isp“ zu einer Veranstaltungsreihe gegen den Rassismus eingeladen worden. Sie fand an der Universität Aix-en-Provence statt. Neben Themen wie der verheerenden Rolle Frankreichs als Kolonialmacht, der Kollaboration mit dem NS-Regime, Gesprächen mit französischen KZ-Häftlingen und dem alltäglichen Rassismus in Frankreich war ein Tag (6. März) auch den populistischen und rechtsextremen Parteien in Europa gewidmet. Der inhaltliche Schwerpunkt „Einmischungspflicht und Einmischungsrecht innerhalb der EU“ galt im Besonderen dem „Sanktionsbeispiel Österreich“ anlässlich der am 4. Februar 2000 begonnenen Regierungszusammenarbeit ÖVP-FPÖ. Neben den französischen Genossen Luc Lèandri und Raphaël Chambon war auch Hirsch zu einem Einleitungsreferat eingeladen worden.

Hirsch skizzierte Entstehungsgeschichte, gesellschaftlichen Hintergrund und Wandel der FPÖ (von Peter über Götz und Steger

zu Haider). Dabei brachte er die politische Kultur Österreichs (Staatsvertrag, Sozialpartnerschaft, Wohlfahrtsstaat, Neutralität, Anti-Atompolitik etc.) zur Sprache. Die über siebzig TeilnehmerInnen brachten durch engagierte Fragen eine lebendige, durchaus kontroverielle Diskussion zustande. Durch sie wurden unter anderem die Sinnhaftigkeit bzw. Widersprüchlichkeit der sogenannten „Maßnahmen“, ihre konkreten Umsetzungsschwierigkeiten sowie die negativen politischen Auswirkungen auf große Teile der österreichischen Bevölkerung thematisiert. Die Erstmaligkeit dieser „Maßnahmen“ hat ja, erst nach ihrer Aufhebung, innerhalb der EU zur Schaffung von rechtlichen Grundlagen für politische Reaktionen auf eine mögliche Regierungsbeteiligung rechtsextremer Parteien geführt. Großes Interesse fand auch die vom Autor mitgebrachte Ausstellung „Haider-Sprüche“ der SPÖ-Bildung.

Als äußerst befremdlich wurden in der Diskussion die Schließung des Österreichischen Kulturinstituts in Paris und das Drängen der Bundesregierung in die NATO empfunden. Namens der „isp“ wurde der österreichischen Botschaft in Paris eine Protestresolution übergeben.

Jürgen Hirsch

Otto Hirsch gestorben

Ende April starb völlig unerwartet Otto Hirsch im 71. Lebensjahr. Er war einer der erfahrensten Mandatare der Wiener SPÖ, viele Jahre Mitglied des Wiener Landtages und Gemeinderates sowie ehemaliger Vorsitzender der SPÖ-Bezirksorganisation Innere Stadt. Der gelernte Elektrotechniker, seit 1950 im Dienst der Wiener E-Werke, war einer der engagiertesten Vertreter der Arbeitnehmer-Anliegen und wurde schließlich 1970 Hauptgruppenobmann (Zentralbetriebsobmann) der Wiener E-Werke. Otto Hirsch, ein überzeugter Antifaschist und Humanist, war auch langjähriges Mitglied der Freiheitskämpfer.

Landesverband OÖ: Verjüngt und aktiv

Der Vorstand des Landesverbands Oberösterreich der Freiheitskämpfer konstituierte sich im April 2000 mit einem neuen Vorsitzenden, Peter Albert Haberlik, der mit 23 Jahren der jüngste Vorsitzende eines Landesverbandes seit der Gründung des Bundes ist. Ihn unterstützen einige Vertreter von sozialistischen Jugendorganisationen und einige ältere Genossinnen und Genossen, die die Verjüngung des Landesverbandes sehr begrüßt haben.

Seit dem vergangenen Jahr hat der neue Landesvorstand eine Reihe von Aktivitäten gesetzt, zum Beispiel durch ein Seminar zum 12. Februar 1934 unter dem Titel „Wie konnte es geschehen?“. Auch die zweimal jährlich vom Landesverband organisierten Stadtrundfahrten in Linz steuerten die Schauplätze der Februarkämpfe an. Im November 2000 wurde dabei die von Studierenden der Universität Linz gestaltete Ausstellung „Auschwitz – Gegen das Vergessen“ besucht. Bei der Stadtrund-

fahrt im Februar 2000 wurde die Gedenkstätte des KZ LINZ III, Lunzerstraße, zusätzlich in die Exkursion aufgenommen.

Bei den jeweils im Februar abgehaltenen Gedenkkundgebungen der SPÖ an den drei Punkten Landstraße 36, Stadtfriedhof St. Martin und Bulgariplatz wurden in den letzten Jahren keine Reden gehalten, sondern nur Kränze niedergelegt. Heuer wurde bei der Kundgebung am Bulgariplatz vom stellvertretenden Vorsitzenden des Landesverbandes, Peter Weidner, ein politischer Text zu „Februar 1934 und die Gegenwart“ verlesen. Die Aktivitäten des Landesverbandes werden sich in der nächsten Zeit sehr ausweiten. So sind Exkursionen in die KZ-Gedenkstätten Auschwitz, Dachau und Theresienstadt geplant. Besonders positiv ist, dass die Mitgliederzahl des Landesverbandes im letzten Jahr kontinuierlich angestiegen ist. Der Landesverband hat seinen Sitz in 4020 Linz, Weissenwolfstraße 5.

Abschied von Ernst Figl

Am 24. April mussten wir uns in der Feuerhalle Simmering von Ing. Ernst Figl, der lange Jahre Vorsitzender der Freiheitskämpfer in Wien-Hietzing und seit dem Vorjahr deren Ehrenvorsitzender war, verabschieden. Figl war im Bezirk einer der wenigen noch lebenden Genossen, der die blutigen Februartage 1934 und die Erstürmung des Blebanheimes am Goldmarkplatz durch die Polizei als Jungsozialist miterlebt und miterlitten hat. „Er war unser mahnendes Gewissen, den Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus, gegen Neofaschismus und Neonazismus niemals aufzugeben, auch dann nicht,

wenn dies aus wahltaktischen Gründen als nicht opportun bezeichnet wurde“, erinnerte Bezirksvorsitzender Ali Kohlbacher bei der Trauerfeier an Figls Wirken. „Sein Bildungsethos und sein historisches Bewusstsein ermöglichten es, dass er hinter den Tageserscheinungen die Zusammenhänge in und zwischen Politik, Gesellschaft und Wirtschaft erfassen und an uns weiter geben konnte.“ Diese seine Arbeit würden die Freiheitskämpfer nach besten Kräften weiterführen – angesichts weitverbreiteter Fremdenfeindlichkeit, rechtsradikaler Tendenzen und eines entfesselten Klassenkampfes eine unabdingbare Notwendigkeit.

Die BH endlich demokratisieren!

Die ÖVP zeigt bei den Beratungen über die Bundesstaatsreform kein Interesse an einem echten Schritt zur Demokratisierung der Bezirkshauptmannschaften. Die SPÖ-Bezirksorganisation St. Pölten stellte daher auf dem Landesparteitag am 5. Mai folgenden Antrag:

Bei der Auswahl der rechtskundigen Beamten für die Funktion eines Bezirkshauptmannes sollen nicht nur jene Beamten herangezogen werden, welche direkt im Landesdienst stehen, sondern auch solche rechtskundigen Beamten, die in den Magistratsverwaltungen der vier Statutarstädte Niederösterreichs tätig sind. Mit dieser Erweiterung der Personenauswahl bestünde erstmals die Möglichkeit, auch Bezirkshauptleute zu bestellen, die nicht der ÖVP angehören.

Begründet wird der Antrag damit, dass es in den Ländern Oberösterreich, Burgenland, Kärnten und Steiermark auch einige Bezirkshauptleute gibt, die nicht der ÖVP angehören.

Auch in NÖ verlangt das demokratische Empfinden der Bevölkerung eine solche Änderung.

Zehn Jahre Jüdisches Museum Hohenems

Am 29. April 2001 feierte das Jüdische Museum Hohenems sein zehnjähriges Bestehen.

1617 erließ Reichsgraf Kaspar von Hohenems einen Schutzbrief, der die Ansiedlung von Juden in seiner Residenz ermöglichte. Wirtschaftliche Gründe hatten ihn zu diesem Schritt bewogen. Trotz Vertreibungen im 17. Jahrhundert entwickelte sich eine traditionsreiche Gemeinde mit einem Friedhof, einer Synagoge, einem Versorgungsheim für die Alten und Armen sowie einem Ritualbad. Im ausgehenden 19. Jahrhundert wanderten viele Gemeindemitglieder ab, da sich Juden nun in den meisten Ländern frei niederlassen konnten. 1938 lebten daher weniger als 20 Juden in Hohenems. Einigen gelang die Emigration, andere aber wurden in Konzentrationslager deportiert und ermordet. Nach Kriegsende hielten sich in Hohenems und Bregenz mehrere hundert jüdische Displaced Persons auf. Mit ihrer Abwanderung endete



In Hohenems ging man pietätlos mit der früheren Synagoge um

jüdisches Gemeindeleben in Vorarlberg.

Das Jüdische Museum Hohenems ist in der 1864 erbauten Villa Heimann-Rosenthal untergebracht. Auf 3 Etagen wird die Geschichte der jüdischen Gemeinde dargestellt. Berühmtester Sohn der Gemeinde Hohenems war Rabbi Salomon Sulzer, der bei der ökumenischen Trauerkundgebung für die Märzgefallenen 1848 am Schmelzer Friedhof gesprochen hat. Das Ende markiert auch

hier "Alltag und Antisemitismus im 20. Jahrhundert". Der Besucher erfährt auf stille aber nachhaltige Art, welch großen menschlichen und kulturellen Verlust der Holocaust hier im Kleinen bedeutete... Die Auslöschung der jüdischen Gemeinde fand auch darin ihren Ausdruck, dass die 1772 erbaute Synagoge 1955 einer Umnutzung zum Feuerwehrhaus unterworfen wurde (siehe Bild).

Dr. Gerald Netzl

DÖW-Gründer Herbert Steiner gestorben

Der Gründer und langjährige wissenschaftliche Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands (DÖW), Herbert Steiner, ist kürzlich nach langer Krankheit im 79. Lebensjahr gestorben. Geboren am 3. Februar 1923, war Steiner schon in der Zwischenkriegszeit gegen den Faschismus aktiv.

1938 wurde er von der Schule ausgeschlossen, die Kriegsjahre verbrachte er u. a. als Leiter eines Exilverlags und Sprecher bei der BBC in England. Nach seiner Rückkehr nach Wien en-

gagierte er sich in der KPÖ. 1958 bis 1963 absolvierte er in Prag ein später von der Universität Wien nostrifiziertes Geschichtsstudium. 1961 begann Steiner mit Vorarbeiten für die 1963 erfolgte Gründung des DÖW, dessen erster Leiter er wurde.

Wolfgang Neugebauer, Nachfolger Steiners als wissenschaftlicher Leiter, sieht in der Einrichtung das „Lebenswerk“ des Verstorbenen.

Anlässlich des 30-Jahr-Jubiläums des DÖW wurde Steiner 1993 mit dem Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um

das Land Wien ausgezeichnet. Die FPÖ – traditionell heftige Kritikerin und Gegnerin des DÖW – lehnte die Ehrung für den Ex-Kommunisten damals ab.

Neben dem DÖW war Steiner in der Internationalen Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung tätig.

Sein besonderes Bemühen galt auch zu Zeiten des Kalten Krieges – der Begegnung von Wissenschaftlern aus Ost und West. Engagiert hat er sich zudem für die Herausgabe des Werkes des im Jahr 1939 im KZ Buchenwald ermordeten Jura Soyerfer.



DÖW-Gründer und aktiver Antifaschist Herbert Steiner

Fotos: Freiwildkämpfer

Hitlers akademische Helfer

An der Universität Klagenfurt wurde im Mai eine Ausstellung von Bildern des Roma-Künstlers Karl Stojka gezeigt – zum ersten Mal in Kärnten. In seiner Eröffnungsrede sagte Univ.-Prof. Peter Gstettner unter anderem:

„Ob ich wirklich glaube, dass die Universität der richtige Ort für diese Ausstellung ist: Solche problematisierenden Fragen wurden – eher von außen – an mich herangetragen. Darauf gibt es eine zweifache Antwort. Einmal ist die Universität der richtige Ort, weil auch auf akademischem Boden die Nazi-Barbarei gediehen ist, weil akademische Ausbildung in der NS-Zeit kein Schutzfaktor war und weil Doktoren, Dozenten und Professoren schuldig wurden als Hitlers willige Helfer, als karrieresüchtige Vorbereiter und Vollstrecker des Vernichtungsprogramms, als akademisch ausgebildete Handlanger und Schreibtischmörder, schuldig als Richter und Staatsanwälte, die unrechtmäßige und

lediglich dem System dienliche Todesurteile fällten, als Ärzte und Pfleger, die Kranke und Behinderte ermordeten, als Anthropologen, speziell auch als ‚Ziganologen‘, die rassistische Untersuchungen und Experimente an so genannten Untermenschen durchführten, als Pädagogen und Psychologen, die sich in den Dienst der Nazi-Propaganda und -Gehirnwäsche stellten, als Historiker und Geographen, die die NS-Eroberungspolitik rechtfertigten, als Ingenieure und Techniker, die die Mordmaschine bedienten und in Gang hielten, als Sprachwissenschaftler und Germanisten, als Dichter und Bildende Künstler, die die germanisch-nordische Rasse verherrlichten, usw.

... Die österreichischen (und deutschen) Universitäten haben also allen Grund, sich dieser ‚Erinnerungsschuld‘ zu stellen. Alle Disziplinen haben ihre eigenen Anteile an der NS-Geschichte aufzuarbeiten.

Akademiker und Wissenschaftler standen damals wie heute nicht über den politischen Dingen und Ideologien, sondern in deren Mitte. An diese verhängnisvolle Involviertheit ist zu erinnern, gerade weil fast alle Dozenten und Professoren nach 1945 ungehindert ihre Laufbahn an den Universitäten, Kliniken und Instituten fortsetzen konnten, weil selbst akademisch ausgebildete Tötungsärzte und -richter an gesellschaftlichem Ansehen nichts eingebüßt hatten. „In der Folge erinnerte Gstettner an die Forschungsarbeiten der Universität, z. B. zur Geschichte der Villacher Sinti oder zum KZ Loibl. Dann nannte er als zweiten Grund für die Stojka-Ausstellung, dass die relativ junge Universität Klagenfurt von Anfang an eine offene Ausbildungsstätte und ein Ort des Diskurses mit den jungen Menschen sei; die Begegnung der Studierenden mit Karl Stojka liege in diesem Rahmen.

Peter Gstettner



Der Opfertod der Erna Haberzettl

Vor 100 Jahren, am 19. April 1901, wurde in Bischofteinitz (im böhmischen Egerland) die bedeutende Sozialdemokratin und Arbeiterschritstellerin Erna Haberzettl geboren. An ihr Leben, ihre Dichtkunst, ihr antifaschistisches Engagement und an ihren Opfertod erinnerte DÖW-Präsident Hubert Pfoch in einer Veranstaltung der Freiheitskämpfer. In ihrer Heimat als Krankenpflegerin ausgebildet, war sie seit 1929 Frauensekretärin der DSAP in Trautenu, dann Leiterin eines Kurhauses in Karlsbad. Im Herbst 1938, nach dem Anschluss des Sudetenlandes an das Hitlerreich, wurde sie entlassen. Von da an war Erna Haberzettl aktiv im Widerstand gegen die Nazi-Diktatur. Im Krieg kam sie als Krankenschwester nach Wien in das Luftwaffenlazarett in der Peter-Jordan-Straße. Hier erhielt sie die geheime Nachricht, dass der im Auftrag des im englischen Exil agierenden Parteivorstands der sudetendeutschen Sozialdemokratie, im sogenannten „Protektorat“ abgesetzte Albert Exler in Gefahr sei und über Wien in die Schweiz weitergeleitet werden solle. Erna Haberzettl war sofort bereit, den Widerstandskämpfer zu verbergen. Als sie im März 1945 die Nachricht erhielt, dass die Entdeckung durch die Gestapo bevorstehe, sah sie als einzigen Weg, nicht zum Verrat ihrer Mitverschworenen gezwungen zu werden, den eigenen Freitod im Wiener Türkenschanzpark. Hubert Pfoch

Wolfsberg gedenkt

In der Kärntner Stadt Wolfsberg wurde am 9. April 2001 neben dem Rathaus eine Gedenktafel „Zur Erinnerung an die von den Nationalsozialisten ermordeten und vertriebenen Wolfsberger Juden“ enthüllt. Auf Initiative des Grün-Gemeinderats Dr. Ulrich Habsburg-Lothringen hatte die Stadtgemeinde die Historikerin Andrea M. Lauritsch, die sich schon lange mit der Geschichte der Juden in Kärnten befasst, beauftragt, eine Forschungsarbeit über die vor 1938 in Wolfsberg lebenden Juden zu schreiben. Heuer war es

so weit, dass die Ergebnisse der Arbeit in einer Broschüre vorgelegt werden konnten. Auch der Entwurf für die Gedenktafel stammt von Lauritsch. „Dies ist ein Tag wider das Vergessen“, sagte der Wolfsberger Bürgermeister Dr. Gerhard Seifried.

Zu der Gedenkveranstaltung war auch die 80-jährige Anny Junek geb. Gross, vermutlich die einzige noch lebende Betroffene der Ereignisse, mit Sohn und Tochter und den Enkelkindern nach Wolfsberg gekommen. Sie berichtete über ihre Erlebnisse in den Jahren 1938/39, als das Geschäft ihres



Erinnerung an Ermordete

Vaters zwangsweise arisiert wurde. Während ihrer Schwester noch 1939 die Auswanderung gelang, wurden die übrigen Familienmitglieder 1942 nach Auschwitz deportiert. Dort wurden Annys Eltern ermordet. Sie selbst überlebte im KZ Bergen-Belsen.

Andrea Lauritsch

War „Hitlers Österreich“ wirklich so?

Die Aussagen des amerikanischen Historikers Evan Burr Bukey in seinem neuen Buch „Hitlers Österreich“ (Europa Verlag, Hamburg/Wien 2001) sind für uns Österreicher wenig schmeichelhaft. Er kommt zu dem Schluss, dass die Mehrheit der Bevölkerung in der „Ostmark“ das Naziregime bis zum bitteren Ende unterstützt hat. Bukey greift zur Untermauerung dieser These nicht nur auf die umfangreiche Literatur österreichischer Zeitgeschichtler zurück, sondern untermauert sie vor allem mit erst in letzter Zeit zugänglich gewordenen archivierten Berichten des Sicherheitsdienstes (SD) und anderer Nazi-behörden. Wobei freilich anzumerken ist, dass solche Quellen nicht unbedingt verlässlich sind, da ihre Berichterstatter wohl versucht waren, so nach Berlin zu berichten, dass ihre eigene Tätigkeit in erfolgreichem Licht erschien.

Ein Vorwurf, der Bukeys Buch als roter Faden durchzieht, wird allerdings schwer zu widerlegen sein.

„Bereits lange vor dem Anschluss waren sich die Österreicher in der so genannten Judenfrage einig“. Der Antisemitismus sei der wirksamste Kitt für die Akzeptanz des „Anschlusses“ gewesen, das habe sich schon an der spontanen Explosion jüdenfeindlicher Gewalttaten in den Märztagen 1938 gezeigt, die insbesondere in Wien, wo ja die große Masse der Juden lebte, so grausam waren, dass sie selbst die Deutschen schockierten. Paradoxerweise habe das zwei Drittel der österreichischen Juden das Leben gerettet, weil sie – anders als die deutschen Juden – erkannten, dass sie das Land so schnell wie möglich verlassen mussten.

Die „Ostmark“ war laut Bukey für Hitler ein „Versuchslaboratorium“ für sein Zukunftsprogramm. Indem er auf den Antisemitismus, auf den von den Alliierten versagten Anschlusswunsch nach der Zerschlagung der Habsburgermonarchie und auf eine (allein schon durch die Rüstung diktierte) industrielle und soziale Modernisierung im Gegen-

satz zu der vom austrofaschistischen Regime geradezu gepflegten Rückständigkeit Österreichs als Grundlagen der Akzeptanz seiner Diktatur bauen konnte, wurden hier Kernpunkte seines Programms, die Auslöschung von rassistisch Unerwünschten und von „Lebensunwerten“ und „Minderwertigen“ sowie die Trennung von Kirche und Staat als Vorstufe der Zerstörung des Christentums in die Tat umgesetzt.



Wahlschock 1932: 15 Nazis zogen auf Anhieb in den Wiener Gemeinderat ein

Breiten Raum nimmt bei Bukey die Verärgerung und Enttäuschung der Wiener Nazis über die Bevormundung durch Berlin und die Einsetzung von Parteibonzen und Beamten aus dem „Altreich“ in leitende Positionen ein. Gerade von Großdeutschen wie Seyß-Inquart oder Glaise-Horstenau, die am liebsten Österreich als zweiten Nazistaat selbst geführt hätten, sei der Vorwurf der „Fremdherrschaft“ ausgegangen. „Diese Fiktion stieß auf so breite Akzeptanz, dass sie später von Politikern der Zweiten Republik noch aufgegriffen wurde“, behauptet der Autor. Allerdings habe die breite Ablehnung der „Piefkes“ in den ersten Jahren des Krieges mit seinen „Blitzsiegen“ nichts an der Zustimmung der Österreicher zu Hitler geändert. Immer wieder betont Bukey, dass sich die Österreicher darin kaum von den Deutschen unterschieden. Die Erwartung der Alliierten, es würde sich infolge der „Moskauer Deklaration“ mit der Zusicherung der Wiedererrichtung des unabhängigen Österreich

im Land ein breiter Widerstand bilden, wurde enttäuscht. Soweit die Menschen davon informiert waren, weckte das in ihnen vor allem die Hoffnung, dass Österreich vom Bombenkrieg verschont bleiben würde. Als sich dies als Illusion herausstellte, überwog das den Zusammenhalt stärkende Entsetzen, dazu kam die permanente und von der Nazipropaganda geschürte Angst vor dem Bolschewismus. Diese Haltung kam noch in der

berüchtigten „Mühlviertler Hasenjagd“ im Februar 1945, zum Ausdruck, als sich die Bevölkerung an der Ermordung fast aller der 419 aus dem KZ Mauthausen ausgebrochenen russischen Offiziere beteiligte.

Bukey zeigt Verständnis dafür, dass in der trostlosen Lage nach dem Kriegsende und im Bestreben, nicht mit Deutschland „bestraft“ zu werden, die Gründerväter der Zweiten Republik den Mythos eines kollektiven Leids, einer ausschließlichen Opferrolle Österreichs kultivierten, wie es im damals herausgegebenen „Rot-Weiß-Rot-Buch“ zum Aus-

druck kam, einer „Sammlung sorgsam ausgewählter Dokumente, die den Alliierten eine patriotische Feindschaft gegenüber dem Anschluss-Regime glaubhaft machen sollte“. Dadurch, dass die Politiker das Volk von jeder Mitverantwortung für Hitlers Verbrechen freisprachen, blieben autoritäre und antisemitische Einstellungen intakt. Bukey hebt im Epilog die Waldheim-Affäre und das Bemühen Vranitzkys hervor, mit diesem Opfer-Mythos Schluss zu machen. Hingegen vernachlässigt er die Rolle des österreichischen Widerstandes; er begnügt sich mit der zahlenmäßigen Darstellung der Blutopfer, die dieser kostete, ohne dadurch von seiner Grundthese abzurücken: „Dennoch unterstützte die Mehrheit der Österreicher, den Anschluss, das NS-Regime und den Krieg bis zum Ende.“

Diese Sichtweise verlangt jedenfalls eine ausführliche Diskussion über „Hitlers Österreich“, wie es Evan Burr Bukey sieht.

Manfred Scheuch



Auch Rosa Jochmanns Foto in der Gestapo-Kartei

Die Fotos der Gestapo-Kartei

Österreichische Medien berichteten es als Sensation, dass die sogenannte Gestapo-Kartei gefunden worden sei. So bedeutsam diese Kartei für die historische Forschung sein mag, die Zeitungsberichte kamen jedenfalls um Monate zu spät. Denn bereits im Vorjahr hat sie der Historiker Thomas Mang im Wiener Stadt- und Landesarchiv – wo die verschwunden geglaubte Kartei von niemandem vermutet wurde – entdeckt. Die 52 Kartons trugen die Aufschrift „Gauakte“ und waren 1975 von der Polizeidirektion Wien an das Stadtarchiv weitergegeben worden. Nun werden – in Zusammenarbeit mit dem Archiv – die Akten mit den Fotos und Personen-

tern, Widerstandskämpfern, Homosexuellen, Juden und wegen politischer oder diverser anderer „Vergehen“ (wie illegalem Grenzübertritt, Schleichhandel, unerlaubten Sexualbeziehungen) Festgenommenen gesammelt. Vor allem die Fotografien bieten bedrückende Momentaufnahmen des Alltags nationalsozialistischer Verfolgungsmaßnahmen. Auch Bilder später bekannt gewordener Gestapo-Häftlinge, wie Christian Broda oder Rosa Jochmann, finden sich in der Kartei. Fotos von Menschen, die bislang nur als Namen in den Deportationslisten und Gestapo-Tagesrapporten aufschienen, sind mit großer Wahrscheinlichkeit oft die letzten Aufnahmen dieser Opfer. Die Verfolgten,

der Opfer haben können).

Es wird angenommen, dass jene Personen erkennungsdienstlich registriert wurden, die nicht mit Verweisen davongingen oder sofort ins Lager deportiert wurden, sondern deren Verfahren von der Gestapo an Gerichte weitergeleitet wurden. „Es ist berührend, wenn einen plötzlich diese Menschen ansehen“, sagt der Auffinder der Kartei, Thomas Mang. Es sind Menschen wie die 40-jährige Lagerarbeiterin Luise B. aus Wien-Favoriten, die wegen verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen aufgegriffen wurde. Oder der 14-jährige (!) Willibald B., der wegen „staatsfeindlicher Betätigung“ festgenommen wurde. Oder die 39-jährige polnische Zwangsarbeiterin Roberta B., der

Der spätere SPÖ-Innenminister Christian Broda als „Kommunist“ festgehalten



beschreibungen von mehr als 10.000 NS-Opfern vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes gesichtet und eingescannt. In dieser Erkennungsdienstlichen Kartei wurden die polizeilichen Aufnahmedaten von Zwangsarbei-

wenn auch ihre Namen schon aus anderen Quellen bekannt sind, nehmen Gestalt an, werden zu Individuen mit einem vielfach nachvollziehbaren Schicksal (ganz zu schweigen von dem Wert, den die Fotos für Angehörige bzw. Nachkommen

„Arbeitsflucht“ vorgeworfen wurde. Oder die 16-jährige Schülerin Edith B., die der Vorbereitung zum Hochverrat bezichtigt wurde, usw. Die Aufarbeitung der Kartei durch das DÖW wird gegen Ende des heurigen Jahres abgeschlossen sein. ■

Erinnern in Oberwart

Die Rechnitzer Flüchtlings-Gedenkinitiative und Stiftung R.E.F.U.G I.U.S. gedachte am 25. März beim Kreuzstadl der 180 ungarischen Juden, die beim Bau des „Südostwalls“ ums Leben gekommen bzw. ermordet worden waren. Mit dieser „Reichsschutzstellung“ wollte das NS-Regime die vorrückende Rote Armee aufhalten. An der Gedenkfeier wirkten Superintendentin Gertraud Knoll, der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Graz, Gerard Sonnenschein, und Oberkantor Samuel Barzilai mit. Erstmals sprach auch eine Zeitzeugin, Judita Hruza, Tochter einer ungarischen jüdischen Familie. Sie schilderte mit ergreifenden Worten, wie sie von Köszeg/Güns über Rechnitz und die Steiermark bis Mauthausen und Gusen geführt worden war. Ein Chor des zweisprachigen Gymnasiums Oberwart begleitete die Gedenkfeier musikalisch.

Am Tag zuvor fand im Rathausaal von Oberwart das Symposium „Verschwiegene Familiengeschichte“ statt. Es handelte sich dabei um Untersuchungen über das Verhalten in der Nazizeit. Folgende Themen wurden behandelt: „Vom Schweigen und Erzählen – Interfamiliäre Kommunikation über den Nationalsozialismus“ (Univ.-Ass. Dr. Margit Reiter), „Strategien der Wehrmachtssoldaten“ (Mag. Gertraud Benke), „Brüche in Kärntner Familiengeschichten“ (Univ.-Ass. Dr. Vladimir Wakounig), „Unbewusste Zeitgeschichte – Psychoanalytische Betrachtungen über die Kraft des (Ver)Schweigens“ (Univ.Prof. Dr. Karl Fallend).

Die Vorträge wurden ausführlich diskutiert (Moderation: Walter Reiss).

Gilbert Wasserberger

Mahnung am Obersalzberg

Eine Gruppe sozialdemokratischer Freiheitskämpfer aus Niederösterreich besuchte den Obersalzberg und entrollte neben dem Teehaus (in 1.870

Meter Seehöhe) des ehemaligen Verführers und Weltkriegsverbrechers Adolf Hitler ein Transparent mit der Parole: „Nie wieder Nazi-Faschismus“.



Neonazi ausgeforscht

Ein Schlag gegen die rechtsradikale Szene ist der Exekutive in der Nähe von St. Pölten gelungen: Vor kurzem ist dort bei einem Mann bergeweise national sozialistisches Propagandamaterial beschlagnahmt worden. Der Mann wurde angezeigt. Das Ergebnis der Hausdurchsuchung bei dem Niederösterreicher soll dem Vernehmen nach erschreckend sein.

So konnten die Beamten angeblich Fahnen mit Hakenkreuzen, NSDAP-Propagandamaterial und andere in der Neonaziszene gebräuchliche „Kultgegenstände“ sicherstellen – und das in großen Mengen. Es wird auch untersucht, ob Verbindungen zur deutschen NPD bestehen. Deren Verbot wurde beim deutschen Bundesverfassungsgericht beantragt.

Neue Gedenkstätten

Seit Erscheinen der Dokumentation „Gedenken und Mahnen in Wien 1934–1945. Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung“ (Verfasser Herbert Exenberger und Heinz Arnberger) im Jahr 1998 hat sich die Denkmal-landschaft Wiens wesentlich weiterentwickelt. Seit damals wurde z. B. der lange umstrittene und international Aufsehen erregende Gedenkkomplex Judenplatz, an dessen Gestaltung auch das DÖW beteiligt war, fertig gestellt. Neben dem Mahnmal von Rachel Whiteread umfasst der Komplex die Außenstelle des Jüdischen Museums mit der vom DÖW erstellten Datenbank von rund 61.000 österreichischen Shoah-Opfern, archäologische Funde und eine Ausstellung über das jüdische Leben im mittelalterlichen Wien. Weniger im Licht der Öffentlichkeit stehen die zahlreichen Schulprojekte, in deren Rahmen

Schülerinnen und Schüler die NS-Periode ihrer Schule erforschten. In mehreren Schulen erinnern nun Gedenktafeln an die nach dem „Anschluss“ vertriebenen jüdischen Mitschüler.

Weiter erhielt unter anderem die Gedenkstätte für Spanienkämpfer auf dem Zentralfriedhof eine zweite Tafel mit 37 weiteren Namen von in Spanien Gefallenen oder Vermissten, in mehreren städtischen Wohnhausanlagen wird der

Mieter gedacht, die mit dem Kündigungsgrund „Nichtarier“ vertrieben wurden, und am Schwarzenbergplatz 6 wurde ein Arnold-Schönberg-Center eröffnet.

Der Ergänzungsband kann beim Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wipplingerstraße 8, 1010 Wien, zum Preis von öS 80,- bestellt werden.

Beim Zukauf der umfangreichen Hauptausgabe gilt ein Ermäßigungspreis von öS 245,-.



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 21. Juni 2001. Nächstes Heft: Oktober 2001.

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten. 1010 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 534 27-277, Fax: 534 27-258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: <http://www.freiheitskaempfer.at>
Produktionsleitung: VWZ-Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., 1070 Wien, Schottenfeldgasse 24, Telefon: 524 70 86-0
Hersteller: Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt

**HERRN
JOHANNES SCHWANTNER
BEZ. RAT DIR.
DARINGERG. 14/25/6
1190 WIEN**